C- 3643 DZI

Die Zentrale für private Fürsorge E. V. in den Jahren 1918—1924

Berlin W 35, Flottwellstraße 4 I

C-3643

Die Zentrale für private Fürsorge E. V. in den Jahren 1918—1924

Deutsches Zentralinstitut
für soziale Fragen
Miquelstr 83, 1000 Berlin 33
Tel. 832 40 41

Berlin W 35, Flottwellstraße 4 I

Geschäftsstelle: Berlin W 35, Flottwellstr. 4, I. u. II.
Fernruf: Kurfürst 6611, 9838.

Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 18922.

Vorstand.

Frau S. Wronsky
Rechtsanwalt Dr. Walter Schmidt } Vorsitzende
Fräulein Luise Roloff, 1. Stellv. Vorsitzende
Heinrich Grünfeld, 2. Stellv. Vorsitzender
Dr. Paul Kempner, Schatzmeister
Eugen Wronsky, Schriftführer
Frau Martha Loewenberg, Stellv. Schriftführerin
Oberreg.-Rat Dr. Behrend, Reichsversorgungsgericht
Fräulein Margarete Dittmer, Wohlfahrtsstelle im Polizeipräsidium
Hermann Hecht
Frau Dr. Albert Levy
Geh. Konsistorialrat D. Mahling, Universitätsprofessor
Frau Elise v. Siemens
Ministerialrat Dr. Wölz, Reichsarbeitsministerium.

Aus der Beamtenschaft:

Frau Elise Unger
Fräulein Lotte Loewe.

Aus den Satzungen:

§ 2.

Der Verein bezweckt:

a) Hilfsbedürftigen aller Kreise beizustehen durch schriftliche oder mündliche Beratung und durch eine von sozial-ethischen Gesichtspunkten getragene persönliche Fürsorge, die sich auf sorgfältige Prüfung der Verhältnisse stützt;

b) Personen, die Anderen Hilfe leisten wollen, über die hierzu geeigneten Mittel und Wege zu unterrichten;

c) Bittgesuche, die zur Begutachtung überwiesen werden, zu prüfen und über die Bittsteller auf Grund des vorhandenen oder des erst zu beschaffenden Materials Auskunft zu geben;

d) Personen, die in sozialer Arbeit, insbesondere der Armenpflege, wirken wollen, methodische Anleitung und Schulung zu geben;

e) alle auf die Wohlfahrtseinrichtungen von Groß-Berlin bezüglichen Drucksachen, Berichte, Mitteilungen usw. planmäßig zu sammeln, zu Veröffentlichungen zusammenzufassen und das Publikum anzuregen, von diesem Material ausgiebigen Gebrauch zu machen.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
I. Einleitung	7
II. Äußere Entwicklung	13
III. Innere Entwicklung	23
1. Organisation	23
2. Fürsorgearbeit	25
a) Methoden	25
b) Personenkreis	30
3. Einzelne Arbeitsgebiete	31
a) Mittelstandsfürsorge	31
b) Darlehnsarbeit	44
c) Gesundheitsfürsorge	48
d) Kriegsfolgenhilfe	51
e) Obdachlosenfürsorge	58
4. Ausbildung	59
5. Mittelbeschaffung	60
6. Zahlenmaterial	62
Anhang	64

I. Einleitung.

Wenn es uns nach 7jähriger, durch die Ungunst der Zeit erzwungenen Pause wieder möglich ist, einen Bericht über unsere Tätigkeit zu geben, so müssen wir vor allem der Verluste in unserem Vorstand gedenken, die uns in diesem Zeitraum betroffen haben. Ist der Tod unseres Dr. Albert Levy doch das schmerzlichste Ereignis, das die Zentrale seit ihrer Begründung erfahren hat.

Als im Anfang des Jahres 1893 Frau Jeanette Schwerin die Anregung zur Bildung der „Auskunftsstelle der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur" gab, gehörte Dr. Albert Levy zu dem kleinen Kreise, der sich bemühte, die der Auskunftsstelle zugrunde liegenden Gedanken zur Ausführung zu bringen und ihnen feste Gestalt zu geben. Wenn sich aus den ersten tastenden, ziemlich primitiven Versuchen nach kurzer Zeit eine feste Organisation bildete, war es nicht zum mindesten seiner klaren, zielbewußten Arbeit zu danken. Bald sah er, daß es unmöglich war, diese Arbeit neben seinem bisherigen Berufe (der Forschung auf dem Gebiet der neueren Geschichte) zu leisten, daß es sich hier vielmehr um eine Tätigkeit handelte, die den ganzen Menschen und seine ganze Kraft erforderte. So stellte er sich in aufopfernder Weise ganz in den Dienst der praktischen sozialen Arbeit, in der er den Beruf fand, der seinem eigensten inneren Streben entsprach und für dessen Ausübung ihm die damalige Auskunftsstelle — die später den Namen „Zentrale für private Fürsorge" annahm — das geeignete Feld darbot: ein Feld, das es vor allem seiner Bearbeitung zu verdanken hat, wenn es allmählich reiche Früchte zu tragen imstande war.

Dr. Albert Levy

Fast ein Menschenalter hindurch hat er bis zu seinem Hinscheiden am 13. März 1922 in selbstlosester Hingabe seine Kraft, seine besten Jahre der Zentrale gewidmet, deren Vorsitzender er wurde, als schon 1898 schwere

Krankheit die 1899 verstorbene Frau Schwerin an der Ausübung dieses Amtes hinderte.

Was die Zentrale ihm zu danken hat, kann in einem kurzen Nachrufe kaum ganz zum Ausdruck gebracht werden. In seiner Persönlichkeit fand sich alles vereint, was zur Leitung einer Organisation befähigte, die aus den bescheidensten Anfängen sich allmählich zu einer in der größten deutschen Stadt Bedeutung erlangenden Stelle entwickeln sollte. Er brachte für die „freie Liebestätigkeit" — so pflegte er unsere Arbeit gegenüber der öffentlichen Armen- und Wohlfahrtspflege zu bezeichnen — ein tiefes Pflichtgefühl und warmes Empfinden für die Not anderer mit. Daneben erfaßte er mit seinem scharfen Verstand klar die Aufgaben einer Stelle, die allen Stufen der Hilfsbedürftigkeit dienen sollte. Namentlich wußte er sie vor den Gefahren der so oft mißverstandenen und falsch geübten „Wohltätigkeit" zu bewahren, indem er ihre enge Zusammengehörigkeit mit der sozialen Fürsorge — damals noch keineswegs überall als das heute feststehende Axiom erkannt — betonte; es war ferner nicht zum wenigsten die Gründlichkeit und die Methode der fachlichen Schulung, die dazu beitrugen, der jungen Einrichtung ihren Platz nicht nur unter den Wohlfahrtseinrichtungen Berlins zu erwerben, sondern darüber hinaus auch zur Nachahmung in mancher anderen Großstadt anzuregen.

Es kann hier nicht ausgeführt werden, wie vielfach fördernd und anregend Dr. Levy auch außerhalb der Zentrale gewirkt hat, was er als Mitglied der städtischen Armendirektion, der städtischen Stiftungsdeputation, des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge u. a. in Wort und Schrift geleistet hat; die Teilnahme, die bei seinem Tode in den weitesten Kreisen ohne jede politische oder konfessionelle Beschränkung zum wärmsten Ausdruck kam, legte Zeugnis davon ab, welche Anerkennung seine Person und sein Wirken gefunden hatte*).

*) Die anläßlich seines Todes gesprochenen Worte sind von seiner Gattin, Frau Else Levy, in einer Schrift: „Albert Levy zum Andenken" für seinen Freundes- und Mitarbeiterkreis veröffentlicht worden.

Für die Zentrale ist es aber nicht allein der Vorsitzende, der Mittelpunkt der Arbeit, der ihr entrissen wurde. Es ist vor allem der vorbildliche Mensch, die Persönlichkeit, in der sich hohe geistige Bedeutung mit anspruchlosester, auf tiefer Frömmigkeit beruhender Bescheidenheit vereinten, deren Liebenswürdigkeit und verständnisvolles Wesen ihn zum verehrten und geliebten Freunde nicht nur der Mitarbeiter, sondern auch der vielen machte, die seine Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft erfahren durften.

Den Älteren, die das Glück gehabt haben, mit ihm zusammen zu arbeiten, bleibt die heilige Aufgabe, dafür zu sorgen, daß der Geist, mit dem er die Arbeit erfüllte, nicht verloren gehe, und daß er der jüngeren Mitarbeiterschaft übermittelt werde zum Segen der hilfsbedürftigen Menschen.

Ein Jahr nach dem Hinscheiden Dr. Albert Levys folgte ihm sein langjähriger Freund und Mitarbeiter, Ministerialrat Dr. Edmund Friedeberg, am 2. April 1923 in den Tod. Dr. Friedeberg hat der Zentrale fast seit Anbeginn angehört und ihre Entwicklung als Vorstandsmitglied außerordentlich gefördert. Seinem Wirken sind besonders die engen Beziehungen zwischen der Zentrale für private Fürsorge und der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge, die er viele Jahre mitleitete, zu verdanken. Während seiner Tätigkeit im preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt hat er die Entwicklung der Zentrale und ihre Zusammenarbeit mit den behördlichen Stellen unausgesetzt gefördert. Auch innerhalb der Arbeit des Vorstandes und der Entwicklung des Archivs ist seiner Mitarbeit außerordentlich viel zu danken gewesen. Während seines letzten Lebensjahres hat er nach dem Tode von Dr. Albert Levy durch seinen verständnisvollen Rat und seine liebevolle Hingabe trotz größter Arbeitsbelastung die Fortführung der Zentrale mit ermöglicht*).

Dr. Edmund Friedeberg

*) S. Anhang Seite 65.

Am Ende des Jahres 1924 verließ uns unsere liebe Mitarbeiterin Frl. Luise Silberstein, um mit ihren Angehörigen in Amerika vereint zu sein. In ihr hat unsere Arbeit den Menschen verloren, der 25 Jahre lang im Mittelpunkt unserer Stelle gestanden hat und in rastloser Hingabe alle Kräfte seines Lebens für die Aufgaben der Zentrale eingesetzt hat. Ihr ist es in erster Linie zu danken, daß die Generation dieser Zeit, die lernend und wirkend durch die Arbeit der Zentrale gegangen ist — es sind im Laufe dieser Jahre viele Tausende gewesen —, die Gedanken und Grundsätze, die wir zu verwirklichen uns bestrebten, erfaßt und vertieft und in ihrem ferneren Leben zur Auswirkung gebracht hat. Ihre innere Anteilnahme an den einzelnen Hilfsbedürftigen, von denen sie, wenn sie einmal in Berührung mit ihnen gekommen war, innerlich nicht wieder loskam, hat unendlich vielen Hilfsbedürftigen den Weg zur Annahme der Hilfe erleichtert und ermöglicht. Sie bleibt auch in der Ferne unserer Arbeit teilnehmend verbunden.

Der nach langer Zeit des Stillschweigens veröffentlichte Arbeitsbericht der Zentrale für private Fürsorge umfaßt sieben Jahre. Diese sind historisch von ungeheurer Bedeutung, da in ihnen die Zeiten des Friedensschlusses, der politischen Umgestaltung Deutschlands und der schlimmsten wirtschaftlichen Not während der Inflationsjahre liegen. Eine eingehende Darstellung würde Kraft und Möglichkeit der verantwortlichen Persönlichkeiten übersteigen.

In dem nachfolgenden Überblick sollen die Leistungen hervorgehoben werden, die je nach den Erfordernissen des Augenblicks von der Zentrale in dieser ereignisreichen Zeit übernommen wurden. In dieser Epoche, in der zahlreiche Wohlfahrtseinrichtungen, die die letzten Jahrzehnte vor dem Kriege geschaffen hatten, eingegangen und andere von den Behörden übernommen worden sind, bedarf die Erhaltung und Fortführung unserer Einrichtung einer besonderen Begründung. Spätere Zeiten werden vielleicht einmal das sehr wertvolle Material aus dieser historisch interessanten Entwicklung zur wissenschaftlichen Durcharbeitung benutzen und eine Aufgabe durchführen, auf die wir schweren Herzens zurzeit verzichten müssen. Eine ausführliche Darstellung der Geschichte der Zentrale in den ersten 25 Jahren ihrer Entwicklung sollte im Jahre 1918 durch den Vorsitzenden gegeben werden, da in diesem Jahre die Zentrale ihr 25jähriges Bestehen erlebte. Durch die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse wurde die Herstellung dieser Arbeit, wie überhaupt ein Eingehen auf diesen Zeitabschnitt in der Öffentlichkeit nicht möglich. Ein Widerhall der Gedanken, die die Zentrale während ihrer Arbeit befolgt hatte, kam in einer Schrift „Vom Wesen der Wohlfahrtspflege“ (Franz Vahlen, Berlin 1918) zum Ausdruck, in der auf Veranlassung eines Mitarbeiters der Freundeskreis des Vorsitzenden Grundgedanken über Wesen und Entwicklung der Wohlfahrtsarbeit, wie sie die

Jubiläumsschrift

Zentrale in lebendigem Erleben gestaltet hatte, niederlegte (s. Seite 66). Der Zeitraum, der dem ersten Vierteljahrhundert der Zentrale-Arbeit folgte, schließt einen neuen bedeutsamen Abschnitt in sich, dessen Gesamtbild und Gestaltung man im Augenblick noch nicht klar genug übersehen kann, der aber die Fortführung der Gedanken in allen Formen, auch unter den vollständig veränderten Verhältnissen, aufzeigt.

II. Äußere Entwicklung.

Die Entwicklung der Zentrale für private Fürsorge in der Berichtszeit war wesentlich beeinflußt von den staatlichen und kommunalen Veränderungen innerhalb Deutschlands, Preußens und der Stadtgemeinde Berlin. Die neue Gesetzgebung, die nach der Umgestaltung des Staates in der Nachkriegszeit die Wohlfahrtspflege in ihrem Wesen und in ihren Formen umgestaltete, schuf grundlegend veränderte Unterlagen für die öffentliche Fürsorge neben der Armenpflege. So wurde durch die Verordnungen über Wochenhilfe und Wochenfürsorge (1919/22) der Gesamtkreis der hilfsbedürftigen Wöchnerinnen erfaßt, durch das Reichsversorgungsgesetz (1920/22) in der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge eine umfassende amtliche Hilfe für die etwa 5 Millionen Kriegsopfer geschaffen, in dem Gesetz über Notstandsmaßnahmen für Sozialrentner (1921) und in dem Kleinrentnergesetz (1923) eine Altersversorgung für die Inflationsopfer eingerichtet. Um die ungeheure Zersplitterung, die durch die Vielseitigkeit der amtlichen Fürsorgestellen auf Grund der verschiedenen Wohlfahrtsgesetze entstanden war, aufzuzeigen, wurde aus unserem Material eine Zusammenstellung gemacht, die unter dem Namen „Die Vereinheitlichung der Wohlfahrtspflege im Deutschen Reich" im Verlag von Franz Vahlen, Berlin 1922, erschienen ist. In dieser Schrift wurde nachgewiesen, daß für die einzelnen Fälle unverhältnismäßig große Summen aufgewandt wurden und daß zur Verwendung dieser Gelder oft 10 bis 20 öffentliche, Sozial-Versicherungs- und freie Stellen arbeiten mußten, deren Verwaltungskosten nur schätzungsweise berechnet werden konnten; eine Aufhilfe wurde trotz der hohen Mittel und der umfangreichen Arbeit im einzelnen Falle nicht erzielt, weil durch die bestehende Zersplitterung die Hilfeleistungen wirkungslos blieben. Dieses

Soziale Gesetzgebung

Vereinheitlichung der Wohlfahrtspflege

Material ist den Behörden zugegangen und verschiedentlich zu Beratungen über eine Neugestaltung der Fürsorge benutzt worden.

Die Arbeit der Zentrale für private Fürsorge stellte sich auf die neue gänzlich umgestaltete gesetzliche Grundlage der Wohlfahrtspflege ein und übte in ständiger Wechselbeziehung mit den amtlichen Stellen eine ergänzende, vorbeugende und fördernde Fürsorge aus. Je nach den Bedürfnissen hat die Zentrale ihre Organisation den öffentlichen Verwaltungsstellen für die Durchführung bestimmter Aufgaben zur Verfügung gestellt, so für die Familienfürsorge für Kriegsbeschädigte in den Jahren 1916—1919, für die Fürsorge für die auslandsdeutschen Flüchtlinge 1919 bis 1922, für die ergänzende Kleinrentnerfürsorge vom Jahre 1921 ab. Bei der großen Zahl der Hilfsbedürftigen, die zeitweise etwa 25 bis 50 % der Gesamtbevölkerung ausmachte, war selbst bei der umfassenden gesetzlichen Fürsorge eine lückenlose Erfassung durch die behördlichen Organe nicht möglich, so daß die Zentrale für die Menschen, die als sogenannte „Grenzfälle" der gesetzlichen Fürsorge nicht teilhaftig werden konnten, in Zusammenarbeit mit den Behörden eintrat und in den Fällen, wo die gesetzliche Fürsorge nicht ausreichte, ergänzend wirkte. Diese Arbeit geschah in engem Einvernehmen mit den zuständigen behördlichen Stellen, die vielfach auch aus dem Material der praktischen Arbeit der Zentrale Anregungen für die Gestaltung der Gesetzgebung und der Organisationsfragen entgegennahmen.

Durch die Vereinheitlichung der gesetzlichen Fürsorge auf Grund der Fürsorgepflichtverordnung vom 13. Februar 1924 ist die einheitliche Linie der Familienfürsorge, die in unserer Stelle infolge ihrer leichter beweglichen Organisation und ihrer grundsätzlichen Einstellung seit Beginn unserer Arbeit durchgeführt wurde, auch für die behördliche Arbeit ermöglicht, so daß die Einheitlichkeit der Arbeit zwischen der Zentrale für private Fürsorge und den städtischen Zentral- und Bezirkswohlfahrtsämtern sich dauernd weiter entwickelt.

Eine vollständig neue äußere Organisation der Berliner Wohlfahrtsarbeit wurde infolge des Gesetzes über die Einheitsgemeinde Berlin vom 27. April 1920 erforderlich. Die Mißstände, die gerade auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege in dem in über 60 Gemeinden zerrissenen Kommunalkörper Groß-Berlins sich bemerkbar gemacht hatten, waren für die Durchführung einer planmäßigen Fürsorge unerträglich geworden. Die Neuregelung durch das Gesetz über die Einheitsgemeinde schuf einen einheitlichen Verwaltungskörper auch auf dem Wohlfahrtsgebiet für einen Kreis von 4 Millionen Menschen, die unter denselben Voraussetzungen leben. Die Einheitlichkeit in der Organisation der Wohlfahrtspflege bedeutet für die Reichshauptstadt eine große Ersparnis an Zeit, Arbeitskraft und Geld und damit eine Erleichterung der Fürsorge. Die Schaffung von 20 Bezirkswohlfahrts- und Jugendämtern, die in den 6 Innenbezirken und einer Anzahl von Außenbezirken ganz neu eingerichtet wurden, hat eine örtliche Zusammenfassung der öffentlichen Fürsorge bedingt, die auf die freie Wohlfahrtspflege entsprechend einwirkte. Die größere Übersichtlichkeit und die stark individualisierende Fürsorge, die durch diese Neugestaltung möglich wurde, lag auf der Linie der Reformideen unserer Stelle. Unsere Arbeit wurde der städtischen Einteilung entsprechend auch auf die neue Bezirkseinteilung umgestellt und durch das verständnisvolle Entgegenkommen der städtischen Wohlfahrtsdezernenten unseren Mitarbeitern die Abhaltung von regelmäßigen Bezirkssprechstunden in den städtischen Wohlfahrtsämtern ermöglicht. Auf diese Weise ist durch die regelmäßige Anwesenheit unserer Mitarbeiter in den Bezirkswohlfahrtsämtern ein ungehemmter Austausch von Nachrichten und Plänen über Fürsorgemaßnahmen entstanden und die Zusammenarbeit wesentlich erleichtert. Dabei ergab sich aus der organischen Entwicklung, daß die Maßnahmen für jede einzelne hilfsbedürftige Familie gemeinsam besprochen und die bisher vielfach planlos geübte Doppelarbeit vermieden sowie die Überweisung der schwierigsten Fälle, die einer eingehenderen Fürsorge bedurften, an unsere Stelle wesentlich gefördert wurde.

Einheitsgemeinde Berlin

Dezentralisation

Zentralwohlfahrtsamt

Nach der Schaffung der zentralen Ämter: des Zentralwohlfahrtsamtes, des Jugendamtes, des Hauptgesundheitsamtes, der Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und -Hinterbliebene, des Landesarbeitsamtes und des Landesberufsamts wurde die Zusammenarbeit der Zentrale für private Fürsorge in grundsätzlichen Fragen mit diesen Zentralstellen laufend fortgeführt. Der verstorbene Vorsitzende der Zentrale für private Fürsorge gehörte als Bürgerdeputierter der Wohlfahrtsdeputation an. Auf Wunsch des Vorsitzenden des Zentralwohlfahrtsamtes wurde er als Sachverständiger regelmäßig zu den Beiratssitzungen der Bezirkswohlfahrtsdezernenten zugezogen und nach seinem Tode auf Bitten des Stadtrats Hintze diese Gepflogenheit gegenüber der jetzigen Vorsitzenden fortgesetzt. Bei der Neubildung der Wohlfahrtsdeputation wurde ebenfalls der verstorbene Vorsitzende der Zentrale für private Fürsorge als Vertreter der freien Wohlfahrtspflege mit beratender Stimme in die Wohlfahrtsdeputation gewählt; auch dieses Amt ging nach seinem Tode an die derzeitige Vorsitzende über. Ebenso ist die Vorsitzende der Zentrale in einzelnen Fachkommissionen (Sozialrentner-, Kleinrentner-, Spendenverteilungs-, Redaktionskommissionen u. a.) laufend tätig gewesen. Die Arbeit im Zentralwohlfahrtsamt wurde auch dadurch unterstützt, daß auf Wunsch des jetzigen Vorsitzenden des Zentralwohlfahrtsamtes, Bürgermeister Dr. Scholz, eine Dezernentin der Zentrale für private Fürsorge täglich die Sprechstunden im Zentralwohlfahrtsamt wahrnimmt und bei der Erledigung der Fälle auf Grund ihrer Fachkenntnisse und Verbindungen Hilfe leistet.

Die günstige Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in der schwierigsten Zeit der Entwicklung ist in hohem Maße den Leitern des Zentralwohlfahrts- und des Zentraljugendamtes Herrn Stadtrat Hintze und Frau Stadträtin Weyl zu danken. Beide haben mit tiefem Verständnis für die Bedeutung der Arbeit der Zentrale, die ähnlich wie die öffentliche Wohlfahrtspflege neutral und unabhängig von Politik und Weltanschauung arbeiten muß, erkannt und die Zusammenarbeit

in gemeinsamen Beratungen ständig gefördert. Auch die Entwicklung des letzten Jahres ist durch den neuen Vorsitzenden des Wohlfahrtsamtes Herrn Bürgermeister Dr. Scholz, durch Interesse und Erkenntnis der Eigenart unserer Stelle wesentlich erleichtert worden. Den Herren Wohlfahrtsdezernenten der Bezirke verdanken wir in der dezentralisierten Zusammenarbeit Hilfe und Förderung.

Eine organisatorische Neugestaltung erfuhr die freie Wohlfahrtspflege durch die Begründung der Berliner Wohlfahrtsvereinigung, für deren Entwicklung Dr. Albert Levy die ersten Schritte unternommen hatte und die nach seinem Tode zunächst unter dem Vorsitz der Vorsitzenden der Zentrale für private Fürsorge als „Berliner Wohlfahrtsvereinigung" sich im Jahre 1922 konstituierte. Diese Organisation stellt den Zusammenschluß der auf dem Gebiet der freien Wohlfahrtspflege tätigen Organisationen aller Richtungen zu gemeinsamer Arbeit mit dem Ziel der Vertiefung der freien Wohlfahrtspflege und der Vertretung ihrer Ideen innerhalb des Gesamtkörpers der städtischen und freien Wohlfahrtspflege dar. Der Berliner Wohlfahrtsvereinigung traten die meisten Berliner Wohlfahrtsvereine bei und wählten sich ihren Arbeitsausschuß aus dem Kreis der Hauptvertreter der freien Wohlfahrtspflege.

Berliner Wohlfahrtsvereinigung

Den Vorsitz übernahm für die ersten 1½ Jahre der Entwicklung die Vorsitzende der Zentrale für private Fürsorge. Die Zentrale stellte der Wohlfahrtsvereinigung auch die Räume der Geschäftsstelle zur Verfügung. In dieser Organisation hat sich der Gedanke der planmäßigen Zusammenarbeit aller Vertreter der freien Wohlfahrtspflege in immer wachsendem Maße durchgesetzt. Diese Entwicklung, die die freie Wohlfahrtspflege in Berlin organisatorisch gestaltete, ermöglichte am 1. Januar 1924 ein ähnliches Verhältnis zwischen amtlicher und freier Wohlfahrtspflege. Mit auf Grund von Vorschlägen der Vorsitzenden der Zentrale für private Fürsorge wurde in Berlin die Zentralarbeitsgemeinschaft zwischen öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege be-

gründet, an der die freie Wohlfahrtspflege in gleichem Umfang wie die öffentliche beteiligt ist und die eine planmäßige Zusammenarbeit in Ergänzung der beiden Gebiete ermöglicht. Mit der Schaffung der Zentralarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege ist unter reger Mitarbeit der Zentrale für private Fürsorge der Schlußstein zu jener organisatorischen Entwicklung gelegt worden, die seit Begründung der „Auskunftsstelle der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur" in dem werdenden Groß-Berlin der Industrialisierungszeit einsetzte und durch Großstadt-Konzentration, Kriegszeit, gesetzliche Zusammenfassung Groß-Berlins, Inflationszeit zu dieser eine planmäßige Zusammenarbeit sichernden Form gelangt ist.

Zentralarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege

Eine wesentliche Bedeutung für die Arbeit der Zentrale hatte das von ihr gegründete und unterhaltene Archiv. Schon in der Kriegszeit wurden die Sammlungen über die Kriegswohlfahrtspflege systematisch durchgeführt und über den lokalen Berliner Charakter hinaus erweitert. Durch die Auflösung der Zentralstelle für Volkswohlfahrt im Jahre 1920 und durch die etwa gleichzeitig erfolgende Verlegung der Geschäftsstelle des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge nach Frankfurt am Main gingen den Berliner Wohlfahrtskreisen zwei sehr wertvolle Materialsammlungen verloren. Trotz lebhafter Proteste der Berliner Wohlfahrtsbehörden, besonders auf Veranlassung von Stadtrat Sassenbach, war eine Erhaltung dieser Wohlfahrtssammlungen für Berlin nicht durchführbar, was sich um so mehr bemerkbar machte, als um jene Zeit in der Reichshauptstadt die großen sozialen Reichs- und Staatsministerien, wie das Reichsarbeitsministerium und das Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt, begründet wurden. Nachdem alle Bemühungen, Berlin die Sammlungen zu erhalten, denen sich besonders Dr. Albert Levy unterzogen hatte, ohne Erfolg geblieben waren, wurde von der Leitung des Archivs der Zentrale für private Fürsorge das positive Ziel ins Auge gefaßt, aus den Sammlungen des Archivs heraus einen Ersatz zu schaffen, der in einer Zeit der vollständigen Neugestaltung der Wohlfahrtspflege und der seit Jahren

Archiv für Wohlfahrtspflege

bestehenden größten Notzustände dringender als je erforderlich war. Daher wurden die Sammlungen auf die Gebiete der gesetzlichen Fürsorge, der Fach-Bibliographie und der Organisation im Reich, in den Ländern, Provinzen und Städten ausgedehnt. Auf Anregung des Reichsarbeitsministeriums und des Preußischen Ministeriums für Volkswohlfahrt wurde das Archiv als deutsche Reichsorganisation mit eigener Verwaltung und Finanzgebarung neu konstituiert. Die Geschäftsführung wurde der Vorsitzenden der Zentrale für private Fürsorge, die das Archiv bisher geleitet und ausgebaut hatte, übertragen. —

Über die Arbeit des Archivs für Wohlfahrtspflege nach der Umorganisation gibt ein besonderer Tätigkeitsbericht nähere Auskunft. In der Zeit vor der Umgestaltung wurde im Jahre 1922 die 5. Neubearbeitung des Graubuchs: „Die Wohlfahrtseinrichtungen in der Stadtgemeinde Berlin (s. Anhang S. 67) herausgegeben. Da die alte Auflage, die vor dem Krieg erschien, vollständig vergriffen war und für eine Neubearbeitung nach der Neugestaltung der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Berlin ein Bedürfnis auf allen Seiten bestand, unternahm die Zentrale die Herausgabe trotz der finanziellen und technischen Schwierigkeiten, die gerade die Inflationszeit dem Verlag und Buchhandel bereitete. Es gelang durch ein Darlehen, das der in der Auflösung begriffene Nationale Frauendienst aus seinen Beständen gab, die Drucklegung zu ermöglichen und die Herausgabe im Jahre 1922 zu bewerkstelligen. Zur Ergänzung des Graubuchs wurde dann im Hinblick auf die inzwischen erfolgte Umgestaltung der städtischen Wohlfahrtspflege eine Übersichtstabelle über alle städtischen Wohlfahrts-Dienststellen in den Zentralen und den Bezirken veröffentlicht.

Graubuch

Diese Tabelle, die in einer Auflage von 300 Exemplaren erschien, wurde von den zahlreichen städtischen Dienststellen und freien Organisationen verlangt und war wenige Wochen nach ihrem Erscheinen vergriffen. Für dieses Jahr wird eine Neuherstellung in Anlehnung an den

jetzigen Stand der Organisation der Berliner Wohlfahrtspflege vorbereitet.

Um über die Neugestaltung der Organisation der Wohlfahrtspflege nach der politischen Umgestaltung des Reiches zu unterrichten, stellte das Archiv 1921 ein Übersichtswerk über die zentralen behördlichen und freien Stellen, die sich mit Wohlfahrtspflege auf Grund der Neuordnung befassen, in dem Reich, den Ländern und den unteren Verwaltungsbezirken zusammen. Dieses Werk wurde gemeinsam mit dem Deutschen Städtetag und dem Verband der deutschen Landkreise herausgegeben unter dem Titel: „Die Wohlfahrtspflege im Deutschen Reich" und erschien als Sonderheft der „Mitteilungen des Deutschen Städtetages". Die Auflage von 2000 Exemplaren war wenige Wochen nach dem Erscheinen vergriffen, und es wird in den nächsten Wochen eine Neubearbeitung erscheinen.

Handbuch: Die Wohlfahrtspflege im Deutschen Reich

Durch die Verbindung mit der Wohltätigkeitszentrale der Berliner Kaufmannschaft, die an das Archiv angegliedert ist, war eine Beeinflussung der Kaufmannschaft zur zweckmäßigen Verwendung der von ihr zur Verfügung gestellten Mittel möglich. Besonders ließ es sich die Zentrale für private Fürsorge angelegen sein, die Wohltätigkeitszentrale der Berliner Kaufmannschaft auf dringende Notstände, wie sie sich im Laufe der letzten Jahre in bezug auf Ernährung und Bekleidung herausstellten, aufmerksam zu machen und hier Sonderleistungen anzuregen. So wurden auf ihre Anregung besondere Mittel zur Bekleidung von Flüchtlingen, Beschaffung von Wäsche, zur Anschaffung des wertbeständigen Ernährungsgeldes und zur Herausgabe von wertbeständigen Bekleidungsscheinen bereitgestellt.

Wohltätigkeitszentrale der Berliner Kaufmannschaft

Es ist den engen Beziehungen zu dem Vorsitzenden der Wohltätigkeitszentrale der Berliner Kaufmannschaft, Herrn Heinrich Grünfeld, der gleichzeitig 2. stellvertretender Vorsitzender der Zentrale für private Fürsorge ist, zu danken, daß alle hier von der Zentrale gegebenen Anregungen bereitwillig aufgenommen und so weit wie möglich in die Tat umgesetzt wurden.

Auf allgemeinen Wunsch von Fürsorgern aus städtischen und freien Kreisen wurden, besonders in der schwierigen Übergangszeit, regelmäßige Besprechungen im Archiv, die über den jeweiligen Stand der Wohlfahrtspflege, über Neubildungen in Gesetzgebung, Verwaltung und praktische Betätigung Aufklärung gaben, veranstaltet. An diesen Besprechungen nahmen regelmäßig etwa 50 Personen teil, die die Mitteilungen an ihre städtischen und freien Arbeitsstellen weiter zur Kenntnis gaben. Diese Besprechungen sind während der Inflationszeit wegen der Fahrgeldunkosten unterbrochen worden, werden aber auf allseitigen Wunsch im neuen Jahre wieder aufgenommen werden.

Archivbesprechungen

Um eine regelmäßige Verbreitung der erforderlichen Kenntnisse in der Wohlfahrtsarbeit zu ermöglichen, wurde laufend 14tägig ein Nachrichtendienst herausgegeben, der an alle interessierten amtlichen und freien Stellen abgesandt wurde. Dieser Nachrichtendienst wurde auf Grund des Archivmaterials bearbeitet und vermittelte Wissenswertes aus der Praxis und Theorie der Wohlfahrtspflege. Aus diesem Nachrichtendienst hat sich später das „Wohlfahrtsblatt der Stadt Berlin" entwickelt, das in möglichst konzentrierter Form Mitteilungen aus der Arbeit, gesetzliche Bestimmungen, Richtsätze sowie Berichte über Neu- und Um-Organisationen brachte. Es enthielt jedesmal im Anhang einen Nachtrag zu dem Graubuch über Wohlfahrtseinrichtungen, um alle Dienst- und freien Stellen in den Stand zu setzen, dies Kataster der Wohlfahrtspflege selbst laufend zu ergänzen. — An der Herausgabe des Blattes beteiligte sich das Zentralwohlfahrtsamt, das Jugendamt und die Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene. Die Herstellungskosten (Druck) wurden von der städtischen Verwaltung getragen, während die Zusammenstellung kostenlos durch unsere Stelle geschah. Nur durch diese Zusammenarbeit mit den in Frage kommenden Stellen war, selbst über die Inflationszeit hinaus, das Erscheinen des Blattes, das an die städtischen Stellen sowie an sämtliche Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege in einer größeren Anzahl von Exemplaren ging, ermög-

Wohlfahrtsblatt

licht. Zurzeit sind Verhandlungen im Gange, das Blatt durch die Zentralarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege herausgeben zu lassen, und zwar in einem den Berliner Verhältnissen entsprechenden erweiterten Rahmen.

Eine wissenschaftliche Auswertung des Materials zur Beleuchtung von dringenden Notständen erfolgte durch eine Reihe von Studenten, die von den verschiedenen Fakultäten der Universitäten an das Archiv gewiesen wurden und neben dem rein bibliographischen das praktische Fürsorgematerial der Zentrale auswerteten. Unter diesen Arbeiten ist besonders die Doktordissertation von Frl. Dr. Margarete Sommer über „Strafgefangenenfürsorge" und Dr. Werner Scholl über „Die Bettennot in ihrer Einwirkung auf die Gesundheitsverhältnisse" hervorzuheben.

III. Innere Entwicklung.

1. Organisation.

Organisation

Auch innerhalb ihrer eigenen Organisation mußte die Zentrale sich unausgesetzt dem Wechsel der wirtschaftlichen Verhältnisse anpassen. Der Zwang zu äußerster Sparsamkeit hatte eine Umgestaltung des Betriebes zur Folge, die sowohl in den technischen Abteilungen durch Einführung arbeitsparender Methoden, Personaleinschränkungen und Verminderung der Sachunkosten wie auch in der fürsorgerischen Arbeit eine größere Produktivität der einzelnen Leistungen und dadurch eine Verminderung der Sozialbeamten ermöglichte. Diese Maßnahmen wurden auch unter dem Gesichtspunkt der mit der zunehmenden Not verstärkten Arbeitsleistung erforderlich. Es gelang durch die zahlreichen Verbindungen, fast alle ausscheidenden Mitarbeiter, soweit sie die Altersgrenze der Sozialversicherung nicht überschritten hatten, in auskömmlichen sozialen oder kaufmännischen Stellungen unterzubringen.

Ehrenamtliche Mitarbeiter

Eine Verminderung des ehrenamtlichen Mitarbeiterkreises war durch die Entwicklung der Inflationsverhältnisse unvermeidlich, da die meisten seit vielen Jahren bei uns tätigen Persönlichkeiten ihre ganze Arbeitskraft der Erwerbsarbeit oder dem eigenen Haushalt zuwenden mußten. — Im letzten Jahre ist die Zahl der freiwilligen Mitarbeiter, die aus dem inneren Wunsch den notleidenden Gliedern des Volkes zu helfen, sich unserem Arbeitskreise einfügen, aus allen Schichten der Bevölkerung wieder dauernd im Steigen begriffen.

Beamtenschaft

Die Konzentration der Arbeit und die stärkeren Auswirkungsmöglichkeiten waren zum großen Teil der außerordentlich hingebenden Arbeit der Beamtenschaft zu verdanken, die in enger innerer Verbindung mit dem Werk auch in den schwersten Zeiten eine Durchführung der Ar-

beit in ihrem erweiterten und veränderten Umfang ermöglichte.

Mitglieder

Die Zahl der Mitglieder der Zentrale hat auch in den wirtschaftlich schweren Jahren sich ständig vermehrt. Das Interesse, das durch die wirtschaftlichen Notstände in immer weiteren Kreisen geweckt wurde, ist von der Zentrale soweit als möglich für die Hilfsbedürftigen in Anspruch genommen worden.

Vertrauensstelle sozial interessierter Kreise

In immer stärkerem Maße überweisen neben den Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden sozial interessierte Kreise, Firmen, beamtete und Privatpersonen der Zentrale als Vertrauensstelle die ihnen zugehenden Unterstützungsgesuche zur Bearbeitung und Durchführung zweckmäßiger pflegerischer Maßnahmen. Da die Zentrale in enger Zusammenarbeit mit zahlreichen amtlichen und freien Wohlfahrtseinrichtungen steht, ist dadurch eine größere Planmäßigkeit in der Verwendung der von unseren Freunden für Wohlfahrtszwecke bereitgestellten Mittel gesichert und

Bekämpfung des Bettelunwesens

die Bekämpfung des Bettelunwesens, die auch Aufgabe einer gesunden Wohlfahrtspflege ist, wird wesentlich erleichtert.

Diese planmäßige Arbeit ist besonders wichtig in einer Zeit, in der die Not so weite Kreise ergriffen hat wie jetzt, in der es also mehr als jemals Pflicht der Wohlfahrtspflege ist, aufs genaueste zu prüfen, ob die erreichbaren Mittel in der rechten Weise verwendet werden. Die Erkenntnis von dem Unrecht planlos vergeudeter Geldmittel durch Zufallsunterstützungen an Bettler ist noch nicht in dem Maße Allgemeingut geworden, wie es gerade in dieser Zeit der Verarmung notwendig ist, um die geringen in Deutschland vorhandenen Mittel in wirksamer Weise zu verwenden. Typisch für den Mißbrauch solcher reichlich gespendeten Mittel sind manche uns zur Bearbeitung übergebene Fälle gewerbsmäßiger Bettler.

Ein angeblicher Schauspieler A., über den wir seit 25 Jahren vielfach Auskunft zu erteilen hatten, betreibt das Gewerbe des Bettelbriefschreibens noch immer mit Erfolg!

Eine Frau B. hat es nie versucht, sich durch Arbeit zu ernähren und sucht seit Jahrzehnten ihre Bettelei durch ärztliche Atteste zu rechtfertigen, obwohl ihr der Gebrauch derselben untersagt worden ist.

Eine 33jährige kinderlose, gesunde Frau C. hat in den letzten drei Monaten Hunderte von gleichlautenden Bettelbriefen an alle ihr bekannt gewordenen Geldgeber geschrieben, die sie durch das Lungenleiden ihres Mannes zu begründen sucht. Wegen ihres umfangreichen Bettels wurde die Kriminalpolizei auf sie aufmerksam, die bei ihr eine Liste mit Hunderten von Namen fand, auf der beträchtliche Summen als Spenden auf ihre Gesuche hin verzeichnet waren, ohne daß bei einer Prüfung der Lage ein Notstand für die arbeitsfähige Frau festgestellt werden konnte.

2. Fürsorgearbeit.

a) Methoden.

Die durch die außerordentlichen Umwälzungen stark veränderte Struktur unseres geistigen Lebens erforderte auch eine Anpassung der Arbeitsmethode der Zentrale an die Gegenwartsverhältnisse. Die Grundprinzipien der Familienfürsorge, welche die Familie als Einheit mit dem Ziel der Aufhilfe zu erfassen sucht, haben sich dabei als gültig auch für die neue Zeit bewährt. Dieses Ziel sucht die Zentrale durch eingehende Rücksprachen und sorgfältige Prüfung der Verhältnisse der Hilfsbedürftigen vorzubereiten, um dann in engster Verbindung mit ihnen einen Hilfsplan aufzustellen. Dabei wird der Hauptwert der Arbeit meist nicht in der Gewährung irgend welcher Unterstützungen, sondern vor allem in der Belebung und Stärkung der in den Hilfsbedürftigen selbst vorhandenen aktiven Kräfte gesehen. Es werden zuerst die Möglichkeiten der Selbsthilfe gemeinsam geprüft und die Wege gesucht, die zur Selbsthilfe führen. Daneben wird die Geltendmachung von Rechtsansprüchen, z. B. auf

Familienfürsorge

Hilfsplan

Renten usw., veranlaßt und durch Beratung und Vermittlung von Hilfe, insbesondere durch die Heranziehung und oft vermittelnde Beeinflussung von Angehörigen, die Lage zu bessern gesucht. Erst nach Erschöpfung dieser und ähnlicher Möglichkeiten wird die direkte Hilfeleistung, wie die Gewährung von Sachwerten, Lebensmitteln, die Ablösung von Verpflichtungen, wie Bezahlung der Miete an den Wirt, Verhandlung mit Gläubigern, Übernahme von Abzahlungsverpflichtungen, Auslösung von Versatzstücken, Krediteröffnung bei Lebensmittellieferanten usw., eingesetzt.

Die besonders in der Inflationszeit für die Familien unmöglich gewordene Beschaffung von Wäsche und Kleidung wurde u. a. durch unsere Weihnachtshilfe durchgeführt, für die uns befreundete Einzelpersonen und Firmen in jedem Jahre erhebliche Mittel und Sachwerte zur Verfügung stellten, die eine Einkleidung der einzelnen Familienmitglieder und einen Ersatz der fehlenden Bettwäsche usw. ermöglichten.

Zu diesem ganzen Komplex pflegerischer Maßnahmen gehört ferner die Gesundheitsfürsorge, über die später noch besonders berichtet wird, die Wohnungsfürsorge, Beschaffung und Erhaltung von Hausrat, Erziehung zur Wirtschaftlichkeit, Jugendfürsorge (Unterbringung in Horten, Kindergärten, Vermittlung von Erholungsaufenthalten, Ermöglichung einer geeigneten Berufsausbildung) usw. Um den Grundgedanken unserer Arbeit durchzuführen, d. h. mit der Familie so lange in Verbindung zu bleiben, bis sie wirtschaftlich gesichert ist und sich selbständig erhalten kann, bedarf es

Pflegschaft

einer eingehenden, oft langdauernden Pflegschaft. Während dieser sucht der Pfleger der Freund der Familie zu werden, der an all ihren seelischen, geistigen, gesundheitlichen und wirtschaftlichen Nöten vollen Anteil nimmt und ihr mit ganzer Hingabe stets mit dem Ziel der Aufhilfe beizustehen bestrebt ist.

Alle pflegerischen Maßnahmen werden in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen getroffen, vor allem mit den Wohlfahrtsämtern und den

Wohlfahrtskommissionsvorstehern in den Fällen, in denen schon von der Stadt Unterstützungen gegeben werden oder solchen, die fortan die öffentliche Wohlfahrtspflege in Anspruch nehmen müssen. Unter den Wohlfahrtsstellen, mit denen wir in enger Verbindung arbeiten, sind besonders zu nennen:

Zusammenarbeit mit anderen Stellen

Reichsarbeitsministerium,
Preußisches Ministerium für Volkswohlfahrt,
Zentralwohlfahrtsamt,
Zentraljugendamt,
Hauptgesundheitsamt, sozialhygienische Abteilung,
Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene,
Landesarbeitsamt,
Landesberufsamt,
Bezirkswohlfahrts- und Jugendämter,
Bezirksgesundheitsämter,
Fürsorgestellen für Lungen- und andere Kranke,
Säuglingsfürsorgestellen,
Landesversicherungsanstalt,
Reichsversicherungsanstalt,
Krankenkassen,
Industrie- und Handelskammer,
Evangelisches Hauptwohlfahrtsamt,
Caritasverband Berlin,
Wohlfahrtsamt der Jüdischen Gemeinde,
Dr. Neumanns Kinderhaus,
Soziale Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost,
Verein für Ferienkolonien,
Deutscher Verein zur Fürsorge für jugendliche Psychopathen,
Freiwilliger Erziehungsbeirat für schulentlassene Waisen,
Verein zum Schutz der Kinder gegen Ausnutzung und Mißhandlung,
Soziale Krankenfürsorge,
Bund zur Förderung der Selbsthilfe der körperlich Behinderten (Otto-Perl-Bund),
Verein Hauspflege,

Berliner Frauenverein zur Bekämpfung des Alkoholismus,

Berufs- bzw. Selbsthilfe-Organisationen der Angehörigen der freien Berufe (siehe S. 34).

Die nachfolgenden Beispiele erhellen die Methode, die unsere Stelle bei der Familienfürsorge beobachtet hat.

Der 43 Jahre alte Kutscher D., Vater von zwei Kindern, ist ein wenig befähigter und nicht sehr tatkräftiger Mensch. Seine schwächliche und indolente Frau ist den wirtschaftlichen Verhältnissen nicht gewachsen. D. ist von der Erwerbslosenfürsorge ausgesteuert und bezieht Unterstützung von der Wohlfahrtskommission, während die Frau durch Übernahme der Hausreinigung für freie Miete sorgt. Es fehlt sowohl am notwendigsten Hausrat wie an Kleidung für die beiden Kinder. Wir sorgen zunächst dafür, daß die allerdringendste Kleidung angeschafft wird und veranlassen die Anmeldung der Frau zur Krankenkasse und die Einzahlung der rückständigen Versicherungsbeiträge, was bisher unterblieben war, und erwirken ferner für den vorehelichen Sohn die Einsetzung städtischen Pflegegeldes. Während D. Aushilfsarbeit übernimmt und Frau D. einige Aufwartestellen beschafft werden, wird das Einkommen für den notwendigsten Lebensunterhalt geregelt. Nach und nach ergänzen wir die Bestände an Kleidung und Wäsche und beschaffen die fehlenden Betten. Unter ständiger Fühlungnahme gewinnt die Familie Verständnis für den Wert der Arbeit, für einen geordneten und gepflegten Haushalt, so daß neben der materiellen Hilfe Energie und Lebensfreude entwickelt worden sind.

Der 37 Jahre alte Bauarbeiter E. ist mit seiner zwei Jahre jüngeren Frau und drei Kindern von 14, 11 und 7 Jahren durch andauernde Erwerbslosigkeit in Not geraten, die durch Krankheit und Erwerbslosigkeit der Frau verstärkt wird. Unwirtschaftlichkeit und Trägheit sowie Trübung des ehelichen Verhältnisses tragen zum Niedergang der Häuslichkeit bei.

Es wird durch Beschaffung von Lebensmitteln und anderer Unterstützung der Versuch gemacht, hier aufzuhelfen, was durch einen schweren Unfall des E. auf seiner neuen Arbeitsstätte mit anschließendem langen Krankenhausaufenthalt erschwert wird. Da das Krankengeld mit dem Unfallzuschuß zum Lebensunterhalt nicht ausreicht, übernimmt er vorzeitig leichte Arbeit, wird aber bald entlassen und bezieht Erwerbslosenunterstützung. Frau E. ergänzt durch Aufwartungen das ungenügende Einkommen. Sie erkrankt aber so schwer, daß sie nach wiederholten Magenoperationen monatelang liegen muß. Ihr Zustand ist nach der Rückkehr aus dem Krankenhaus so elend, daß sie bis zu der durch die Landesversicherung eingeleiteten Verschickung intensive Pflege braucht, die wir ihr ermöglichen. Im Sommer werden die beiden älteren Kinder durch unsere Vermittlung vom Jugendamt aufs Land verschickt. Der älteste Sohn, der auch während des Winters auf dem Land geblieben ist, besorgt im Frühjahr für den zweiten Sohn eine Stellung bei einem Bauern. Die fehlende Kleidung für ihn selbst und Frau E. wird von uns beschafft. Für den jüngsten Sohn, den die Mutter auf keinen Fall ins Waisenhaus geben will, erwirken wir die Aufnahme in dem Kindererholungsheim in Wilhelmshagen. Inzwischen ist E. von der Erwerbslosenfürsorge ausgesteuert. Wegen Mietsschulden wird Exmission aus der gesunden Wohnung angedroht. Wir verhindern diese Gefahr durch Zahlung der Miete. Durch Einwirkung der Pflegerin bessert sich allmählich das eheliche Verhältnis und die Frau bemüht sich ihrerseits, nach und nach den durch ihre Krankheit vielfach vernachlässigten Haushalt und die Kleidung sorgsamer zu halten. Ein erheblicher Rückschlag tritt ein, da E., der endlich feste Arbeit gefunden hat, infolge eines Streiks wochenlang ausgesperrt wird, so daß für die notwendigen Anschaffungen keine Mittel vorhanden sind. Wir beschaffen und ergänzen nach und nach die notwendigsten Bestände, so daß, da die zwei ältesten Jungen noch auf dem Lande sind, allmählich bessere Zustände eintreten.

In der Familie des 34jährigen Arbeiters F., der selbst

trotz des besten Arbeitswillens häufig durch Krankheit arbeitslos ist und eine lungenkranke Frau und 7 Kinder von 1 bis 15 Jahren zu ernähren hat, herrscht seit langem große Not. Wir sind uns darüber klar, daß die verminderte Arbeitskraft des Mannes für die Beschaffung des Unterhalts für diese große Familie auf Jahre hinaus nicht ausreichen kann, daß auf eine Mitarbeit der Frau bei dem kinderreichen Haushalt nicht zu rechnen ist und daß eine wirkliche Aufhilfe erst durch den Eintritt der Kinder in das Erwerbsleben zu erreichen sein wird. Es wird daher vor allem dafür gesorgt, daß diese durch alljährliche Verschickung und Ergänzung der Ernährung zu gesunden und kräftigen Menschen heranwachsen. Durch sehr erhebliche regelmäßige Unterstützung mit Kleidung, Feuerung, Lebensmitteln, Bettenbeschaffung wird eine Ergänzung des Einkommens erwirkt. Die älteste Tochter hat inzwischen einen Verdienst gefunden, in wenigen Monaten wird der älteste Sohn die Schule verlassen. Der Gesundheitszustand der Familie hat sich wesentlich gebessert, und durch günstigere Arbeitsverhältnisse beginnt allmählich ein sozialer Aufstieg der Familie.

b) Personenkreis.

Der Kreis der Personen und Familien, deren sich die Zentrale in der eben geschilderten Weise annimmt, stammt aus allen Schichten der Bevölkerung. Vielfach sind es Familien, die bisher noch nicht von der öffentlichen Wohlfahrtspflege unterstützt worden sind, in denen also noch keine Verarmung eingetreten ist, aber die Gefahr des sozialen Abstiegs droht. Dazu kommt der Kreis der Bedürftigen, bei dem neben der städtischen Wohlfahrtspflege durch die ergänzende freie Fürsorge noch eine Aufhilfe erreicht werden kann. Der Kreis der in unserer Fürsorge stehenden Personen gehört zu einem großen Teil der Arbeiterschicht an, deren allgemeine, immer mehr bedrängte Lage sich infolge von Arbeitslosigkeit, Wohnungselend und Unterernährung immer schwieriger gestaltet hat. Mit den Auswirkungen der veränderten Wirtschaftslage mußte sich die Zentrale in steigendem Maße bisher gesicherter Schich-

ten der Bevölkerung annehmen. Als Vertrauensstelle für Bedürftige aller Kreise kann die Zentrale schon verhältnismäßig früh solche über das Einzelschicksal hinausgehende Erscheinungen bei entsprechender Beobachtung als Massennotstände erkennen. Sie ist dadurch oft in der Lage, vorausschauend Versuche zum Auffinden von Wegen zur Abhilfe zu machen. So hat unsere Stelle die Hinterbliebenenfürsorge, die Familienfürsorge für Kriegsbeschädigte und Auslandsflüchtlinge und die Kleinrentnerfürsorge aufgenommen, bevor die behördlichen Stellen diese Aufgabengebiete übernahmen, und hat versucht, die Vorarbeiten für Organisation und Formen der Tätigkeit auf diesen Gebieten zu finden. Bei der Überleitung an die amtlichen Stellen hat die Zentrale so lange ihre Mitarbeit zur Verfügung gestellt, wie es sich als notwendig erwies.

Pionierarbeit

3. Einzelne Arbeitsgebiete.

a) Mittelstandsfürsorge.

Die Aufgaben einer gesonderten Fürsorge für eine bestimmte Bevölkerungsschicht können nicht als Sonderaufgabe der Zentrale für private Fürsorge betrachtet werden, da sie ihren Grundsätzen entsprechend allen Kreisen der notleidenden Bevölkerung offen steht und die Art ihrer Hilfe nur von den Erwägungen über den besten Weg in jedem Einzelfall abhängig macht. Diese sind oft von bestimmten Berufs- und Wohnverhältnissen abhängig und können methodisch nur in einer Zusammenfassung der Fürsorge für die einzelnen Gruppen erreicht werden. Solche einheitlichen Methoden bei Wahrung der Berücksichtigung des Einzelfalles im Rahmen der Gruppe sind z. B. in der Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge, der Flüchtlingsfürsorge, der Erwerbslosen-Fürsorge, der Fürsorge für die Angehörigen der besetzten Gebiete u. a. durchgeführt worden. In ähnlicher Weise mußten Maßnahmen für die Kreise getroffen werden, deren wirtschaftliche Lage durch die Entwicklung der Inflationszeit in den Jahren 1920—1923 erschüttert worden ist. Es sind dies besonders die An-

Fürsorge für Angehörige der freien Berufe und für Beamte

gehörigen der freien Berufe und die Beamten, die durch die Unsicherheit ihrer Stellung bei Krankheit und Alter, da sie nicht von der Sozialversicherung erfaßt werden und den Wirkungen der Vorsorge für das Alter verlustig gegangen waren, in Not gerieten. Sie werden gewöhnlich als Mittelstand bezeichnet, während dieser Begriff in Wirklichkeit nicht zutrifft und überhaupt bei dem Neuaufbau des Wirtschaftlebens in dieser Weise kaum mehr angewandt werden wird. Dem Sprachgebrauch entsprechend ist jedoch dieser Begriff der Mittelstandsfürsorge bei unserer Arbeit verwandt worden.

Der Personenkreis der Notleidenden des Mittelstandes war vor dem Kriege ein weit anderer als während der Kriegsjahre und in der Nachkriegszeit. Damals waren es hauptsächlich Kaufleute, kleine Gewerbetreibende, mittlere Beamte, während sich in den letzten Jahren die Zahl der Notleidenden aus allen Ständen und Berufen, namentlich aus Akademikern und Künstlern, zusammensetzt. Die Auswirkungen unseres anormalen Wirtschaftslebens haben gerade den Mittelstand, dessen Existenzmöglichkeiten zum großen Teil untergraben sind, vor unerhörte Schwierigkeiten gestellt. In der Inflationszeit wurden zahlreiche Gelehrte, Künstler und andere Geistesarbeiter in ihrem wissenschaftlichen und künstlerischen Schaffen brachgelegt, und ihre Gesundheit und Leistungsfähigkeit bedroht. Bekannte Schriftsteller, deren Produktivität ihnen ehemals ein auskömmliches Dasein sicherte, konnten keinen Nutzen mehr aus ihren Werken ziehen, weil die Verleger keine Neuauflagen vornahmen, Maler und Bildhauer, die noch in schaffenskräftigem Alter standen, wurden durch die Schwierigkeit der Materialbeschaffung in ihrem Wirken völlig gehemmt. Ärzte und Geistliche entschlossen sich zu ungewohnten körperlichen Arbeiten, um ihre Familie vor dem Hunger zu schützen. Dieser Existenzkampf hatte sich allmählich vorbereitet. In den Kriegsjahren schon machte sich die wirtschaftliche Not, die sich auch mit Hilfe von Ersparnissen und Einschränkung der Bedürfnisse schließlich nicht mehr überwinden ließ, fühlbar. Mit dem allmählichen Verfall

Inflationswirkungen

der Währung wurde die Hilfsbedürftigkeit drückender, in den Monaten der Inflation stieg die Not aufs höchste. In den meisten Haushaltungen waren seit Jahren keine Anschaffungen gemacht, größere Reparaturen mußten unterbleiben, durch den Verkauf von Schmucksachen, Möbeln und allen irgendwie entbehrlichen Dingen war seit langem der Lebensunterhalt bestritten worden.

Entwertung der Stiftungen

Die Lage wurde dadurch noch schwieriger, daß die Stiftungen, die in früherer Zeit besonders auf die Altersversorgung eingestellt waren, durch die Inflation vollständig entwertet wurden, was gerade für die Berliner Verhältnisse — die Stadt Berlin allein verfügte über ein Stiftungskapital von etwa 80 Millionen Goldmark — einen großen Ausfall in den Hilfeleistungen bedeutete.

Zurzeit beläuft sich die Zahl der in den letzten Jahren von der Zentrale zum Teil erledigten, zum Teil in Behandlung stehenden Mittelstandsfälle auf etwa 2000.

Die Verteilung der Berufe geht aus folgender Übersicht hervor:

Ärzte	42
Juristen	25
Lehrer	198
Ingenieure und Architekten	53
Chemiker	18
Akademiker versch. Fakultäten (Geologen, Theologen, Archäologen)	47
Beamte	93
Schriftsteller	87
Schauspieler	52
Studenten	85
Landwirte	8
Kaufleute	403
Künstler	190
Selbständige Handwerker und kleine Gewerbetreibende	211
Offiziere	32
	1544

Übertrag	1544
Diverse (Kleinrentner usw., Pensionsinhaberinnen)	231
Krankenschwestern	37
Arztwitwen	10
Juristenwitwen	6
Lehrerwitwen	11
Künstlerwitwen	9
Kaufleutewitwen	57
Beamtenwitwen	29
Offizierswitwen	20
Schriftstellerwitwen	9
Schauspielerwitwen	10
Landwirtswitwen	6
Akademikerwitwen	5
	1984

Um hier erfolgreich zu helfen, mußte versucht werden, der jungen Generation die Möglichkeit zu geben, ihre Kräfte zu entwickeln und der älteren Generation den Kampf zu erleichtern. In der Überzeugung, nur in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Berufs- und Selbsthilfeorganisationen wirksame Hilfe leisten zu können und Zersplitterung von Kräften, Zeit und Geld zu verhindern, hat die Zentrale die schon lange bestehende Arbeitsgemeinschaft mit diesen vertieft und ausgebaut. Sie steht im ständigen Verkehr mit folgenden Berufsvertretungen:

Zusammenarbeit mit den Selbsthilfeorganisationen

Fürsorgeamt der Ärztekammer,
Arbeitsamt der Anwaltschaft,
Verband deutscher Architekten,
Verein deutscher Ingenieure,
Wohlfahrtsverband deutscher Lehrer und Lehrerinnen,
Reichsverband deutscher Haus- und Privatlehrerinnen,
Genossenschaft dtsch. Bühnenangehöriger,
Reichsverband der deutschen Presse,
Schutzverband deutscher Schriftsteller,

Deutscher Offiziersbund und Frauengruppe des Landesverbands Groß-Berlin des D. O. B.,
Verband deutscher Hochschulen,
Reichs-Verband deutscher Zahnärzte,
Wirtschaftl. Verband bildender Künstler,
Deutscher Tonkünstlerverein,

und einzelnen Vereinen, die sich der Mittelstandsfürsorge widmen. Zur Vereinheitlichung der Arbeit, zum Austausch von Erfahrungen und Anregungen und zur Besprechung der Einzelfälle finden sich Vertrauensleute aus den genannten Selbsthilfeorganisationen in der Geschäftsstelle der Zentrale monatlich einmal zusammen. Die Selbsthilfeorganisationen übernehmen die berufliche Beratung der Hilfsbedürftigen, während die Zentrale die wirtschaftliche und pflegerische Fürsorge durchführt. Zur Durchführung und Ergänzung dieser Maßnahmen tritt die Zentrale ein. Zur Förderung der gemeinsamen Arbeit wurde eine Karthotek eingerichtet, die die Meldekarten der genannten Berufsorganisationen über die in ihrer Fürsorge stehenden Personen enthält.

Monatsberatungen

Die Witwe des 1910 verstorbenen mittleren Beamten Frau G., wegen Herzleidens erwerbsunfähig, ist mit ihrem aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrten 26jährigen Sohn in erhebliche Schwierigkeiten geraten, da die kleine Pension nicht ausreicht und der Sohn, Student der Theologie, nur einen Teil seines Unterhalts durch Stundengeben decken kann. Wir ermöglichen zunächst durch häufige Lebensmittelspenden eine Kräftigung der beiden unterernährten Menschen, verschaffen dem jungen Mann viermal in der Woche Freitisch und sorgen für die Ergänzung von Wäsche und Kleidung. Außerdem befürworten wir mit Erfolg die Gewährung eines Stipendiums und erreichen eine Erhöhung der Pension der Mutter. Durch besondere Empfehlung erhält der junge G. nach bestandenem Examen eine Stellung als Vikar in Berlin. Neben seinem geringen Einkommen sind jedoch noch Zusatzunterstützungen notwendig. Eine dauernde freund-

schaftliche Fürsorge hilft der häufig kränklichen Frau über manche trüben Stunden hinweg. Trotzdem G. sein Examen mit Auszeichnung besteht, ist es schwer für ihn, eine Stellung zu finden. Es wird ihm die Möglichkeit einer Probe-Predigt in Pommern verschafft, wo er einstimmig zum Pfarrer gewählt wird. Der Umzug in die neue Heimat wird noch mit unserer Hilfe ermöglicht.

Wir werden auf die Familie des früheren Korrespondenten und Buchhalters H. aufmerksam gemacht. H. hat nach Rückkehr aus dem Felde bei seiner alten Firma eine seinen Fähigkeiten nicht entsprechende Stellung mit geringem Gehalt bekommen und deshalb nach einigen Monaten gekündigt. Da er aber keine andere Stellung finden kann, gerät er mit seiner Frau und seinen beiden Kindern im Alter von vier Jahren und drei Monaten in arge Bedrängnis. Wir sorgen zunächst für den täglichen Unterhalt und erwirken später durch Befürwortung eine größere Unterstützung aus dem Fonds „Zur Linderung der Not heimkehrender Krieger". Durch Verwendung eines unserer Mitglieder erhält Herr H. nach einiger Zeit eine Stellung bei der Reichsbank. Auch die Frau nimmt eine Stellung als Buchhalterin an, da das Gehalt des Mannes nicht ausreicht, um den während der langen Arbeitslosigkeit entstandenen Mängeln im Haushalt abzuhelfen. Nach einigen Jahren mit festem Einkommen gerät die Familie wieder in Not. Der Mann wird abgebaut, ebenso verliert die Frau ihre Stelle. Durch unsere Vermittlung erhält H. eine Unterstützung von der Handelskammer, und Herr H. nimmt nach längerem Suchen eine zwar untergeordnete, aber ganz gut bezahlte Stelle in einem Industriewerk an, während Frau H., die bisher durch Nähen etwas zu verdienen gesucht hat, auf unsere Empfehlung eine Aushilfsstelle in einem großen Kaufhaus erhält, die sich inzwischen zu einer festen Stellung entwickelt hat.

Frau J., Witwe eines Ingenieurs, bleibt beim Tod ihres Mannes mit vier unmündigen Kindern, 2 Söhnen und 2 Töchtern, mittellos zurück. Sie versucht durch Zimmervermieten und Schreibmaschinenarbeit den Unterhalt zu bestreiten. Ihre Einnahmen reichen jedoch nicht

aus, um sie und die Kinder, die alle schwächlich und kränklich sind, zu ernähren. In dieser Lage lernen wir sie kennen. Durch Freiinserate, die wir ihr verschaffen, erhält sie mehr Arbeit und zum Teil feste Kunden. Wir sorgen für Kleidung und suchen vor allem durch Erholungsaufenthalte die Kinder zu kräftigen und widerstandsfähiger zu machen. Durch Jahre hindurch müssen, namentlich bei dem ältesten Sohn, der skrofulös ist, diese Verschickungen an die See und aufs Land wiederholt werden. Sie haben auch den glücklichen Erfolg, daß er und seine Geschwister erstarken und als gesunde Menschen ins Berufsleben eintreten können. Bei der beruflichen Ausbildung stehen wir beratend und helfend zur Seite. Von den beiden Söhnen, die die Landwirtschaft erlernen, hat der ältere jetzt seit einigen Jahren eine Stelle als Inspektor auf einem Gut, der zweite hat vorläufig nur aushilfsweise Beschäftigung, hofft aber bestimmt, ebenfalls auf dem Land eine feste Stellung zu bekommen. Die älteste Tochter ist in der Säuglingspflege ausgebildet und hat eine günstige Stellung auf einem Gut. Die jüngste Tochter ist seit kurzem in einer kaufmännischen Lehre. Seit die Kinder erwachsen sind, nimmt die Mutter Bürostellen an. Ihre letzte Stellung in der Metallindustrie verliert sie wegen Abbaus. Seitdem kann Frau J. keine feste Tätigkeit mehr finden und verdient mit häuslicher Maschinenarbeit nur wenig. Dazu hat sie Mißgeschick mit ihren Mietern, die die Miete unregelmäßig bezahlen. Die Kinder helfen, so gut es ihnen möglich ist, aber da ihre Gehälter nicht hoch sind, ist ihre Unterstützung nicht ausreichend und Frau J. gerät in große Bedrängnis wegen der Mietszahlung. Jetzt müssen wir nach mehreren Jahren wieder eingreifen und helfen durch Bezahlung der rückständigen Miete. Außerdem haben wir Aussicht, ihr ein junges Ehepaar als sichere Mieter zu verschaffen, wodurch ihre Lage wesentlich gebessert wird.

Die Durchführung der Mittelstandsfürsorge, für die sehr erhebliche Summen erforderlich waren, wurde in der Hauptsache ermöglicht durch eine große Spende, die

Hollandspende

holländische Freunde einem unserer Vorstandsmitglieder mit nachfolgendem Schreiben für die Arbeit der Zentrale zur Verfügung stellten.

„Es ist uns bekannt, daß augenblicklich die schwersten pekuniären Sorgen in Deutschland nicht, wie früher, die Häuser der unteren Volksschichten heimsuchen, sondern in Kreise eingedrungen sind, welche in früheren Zeiten niemals materielle Sorgen gekannt haben. Wir denken mit Entsetzen daran, wie das Schreckensbild des Elends das Leben feingebildeter Menschen zu einer Hölle machen muß, um so mehr, weil es der Stolz manchem dieser Schwerbetroffenen verbietet, bei Freunden um Hilfe anzuklopfen. Andererseits muß es für die Glücklicheren, denen es gut geht, schwer sein, die Hilfe, deren Notwendigkeit man vermutet, aus eigenen Mitteln anzubieten, da im günstigsten Falle doch das peinliche Gefühl der Abhängigkeit nach einem solchen Schritt verbleiben würde.

Unter diesen Umständen wäre es uns ein außerordentlich sympathischer Gedanke, wenn wir, die wir als Ausländer mit solchen Familien nicht bekannt sind, und die wir das Glück gehabt haben, durch die Neutralität unseres Landes in so viel günstigeren Verhältnissen zu leben, das Mittel finden könnten, solchen Familien durch Ihre Vermittlung in strikt anonymer Weise Hilfe bieten zu können, und wir wären Ihnen zu großem Danke verpflichtet, wenn Sie uns dabei behilflich sein würden. . . ."

Auf diese Weise gelang es, mit Auslandsmitteln, die sonst in der Hauptsache der geschlossenen Anstaltsfürsorge oder der Kinderspeisung zugeführt wurden, aufbauende Arbeit in einer außerordentlich großen Anzahl von Fällen zu leisten, um so mehr, als durch die wertbeständige Anlage dieses Geldes diese Summe in vollem Umfang wirksam blieb. Die einzige Bedingung, die die auswärtigen Freunde an die Verwendung des Geldes knüpften, war die, daß möglichst ausreichend in jedem einzelnen Fall geholfen werden mußte, und daß eine Aufrechterhaltung, Befestigung oder Neugründung der wirtschaftlichen Existenz, die der allgemeinen wirtschaftlichen Lage von Nutzen sein

konnte, erreicht wurde. Aus diesen Mitteln wurden insgesamt 854 Familien unterstützt, die sich auf folgende Berufe verteilten:

26 Gelehrte, meist Universitätsprofessoren oder Privatgelehrte,
41 Geistliche,
56 Lehrer,
24 Privatlehrerinnen, darunter 3 Erzieherinnen,
12 Juristen, meist selbständige Anwälte, 3 höhere Verwaltungsbeamte,
33 Ärzte,
13 Zahnärzte,
8 Ingenieure,
8 Architekten,
2 Chemiker,
75 bildende Künstler, darunter Maler, Bildhauer, Graphiker,
50 Schriftsteller und Journalisten,
20 Schauspieler,
47 Musiker, darunter 35 Klavierlehrer und -lehrerinnen, Organisten, Orchestermusiker und Sänger,
4 Kunstgewerblerinnen,
1 Universitätsstudent,
5 Gewerbeschülerinnen,
2 Gymnasiasten,
1 Seminarist,
5 Apotheker,
9 pensionierte Offiziere,
26 Sozialbeamtinnen, darunter 8 Krankenpflegerinnen, 7 Kindergärtnerinnen,
10 untere Beamte,
29 Kaufleute,
21 Handwerker,
20 kaufmännische Angestellte,
6 Lehrlinge,
7 Hausdamen,
253 Hinterbliebene von Angehörigen freier Berufe, meist Witwen und Waisen,
40 Haustöchter und Kleinrentnerinnen.

Die Mittel wurden dazu verwandt, um entweder die allgemeine Lebenshaltung auf ein einigermaßen auskömmliches Niveau zu bringen oder in Fällen, in denen zwar der tägliche Lebensbedarf gesichert war, jedoch die Mittel zur Bestreitung größerer Ausgaben, wie sie z. B. eine Krankheit mit sich bringt, durch Innehaltung einer besonderen Diät, Ermöglichung einer Kur, eines Heilverfahrens, zumal in den erschreckend zahlreichen Tuberkulose-Fällen, oder auch zur Beschaffung orthopädischer Apparate, fehlten, helfend einzugreifen.

In einer großen Anzahl von Fällen wurden die Mittel zur Wiederaufnahme des Erwerbes oder zur Berufsausbildung verwandt. Dabei ist jedesmal den besonderen Verhältnissen des jeweiligen Berufes und Standes Rechnung getragen worden.

Journalisten

Die Lage der Journalisten wurde insbesondere durch das Eingehen zahlreicher Monats- und Wochenschriften sowie Tageszeitungen unheilvoll beeinflußt. Bei dem großen Angebot konnte es immer nur Einzelnen gelingen, in anderen Berufen, als Lektor, Übersetzer, Privatlehrer ein Auskommen zu finden. Als typische Beispiele mögen folgende gelten:

Der Schriftsteller K. ist aus Ersparnisgründen mit seiner Familie von Berlin in ein märkisches Dorf gezogen, wo er unter den primitivsten Verhältnissen lebt; diese Lebensweise ist für den stark rheumatischen 60jährigen Herrn völlig unerträglich, so daß ein Aufenthalt in einem Bad und Beschaffung einer gesunden Wohnung ermöglicht werden muß.

Der Redakteur L. einer kleinen Tageszeitung in der Provinz, die ihr Erscheinen einstellte, hat die Möglichkeit, als Lektor in einer Berliner Behörde angestellt zu werden. Da er aus eigenen Mitteln den Umzug nicht bewerkstelligen kann, stellt unsere Stelle die erforderliche Summe zur Verfügung.

Bildende Künstler

Die Lage der bildenden Künstler war äußerst schwierig geworden. Die Atelier-Verhältnisse waren so traurig, daß oft nicht nur der Atelierraum der ganzen Fa-

milie als Wohn- und Schlafraum dienen mußte, sondern auch vielfach noch mit einem Kollegen tagsüber geteilt wurde.

Der junge Maler M. ist im Begriff, durch Ausstellungen und erfolgreiche Wettbewerbe in der Öffentlichkeit bekannt zu werden. Er hatte ein Meister-Atelier in der Akademie der bildenden Künste innegehabt, das aber nach der Schulordnung nach 3jährigem Schulbesuch aufgegeben werden muß; um sich ein eigenes Atelier sichern zu können, muß er für 3 Monate Miete im voraus bezahlen. Diese einmalige Ausgabe wird ihm aus Mitteln der erwähnten Spende durch uns bereitgestellt.

Die Musiklehrer sahen ihr sicheres Einkommen durch die allgemeine Aufgabe des Musikunterrichts schwinden. Durch Überangebot wurden so niedrige Sätze gezahlt, daß sie nicht zum notwendigen Lebensunterhalt ausreichten, wobei die Bezahlung oft noch wochenlang hinausgeschoben wurde. Der Übergang zu anderen Berufen konnte hier nur schwer bewerkstelligt werden. Musikkünstler

Die alleinstehende Klavierlehrerin N. wohnt in einer Arbeitergegend Berlins und gibt Stunden für ca. 0,30 Mk. Durch überhandnehmende Arbeitslosigkeit droht ihr Verlust des letzten Schülers, namentlich, da ihr Instrument sehr reparaturbedürftig ist. Die Reparaturen sind durch Mittel aus unserer Spende bestritten und ihr auf diese Weise die letzte Erwerbsmöglichkeit gelassen worden.

Unter den Wissenschaftlern waren die Privatdozenten und Privatgelehrten besonders betroffen. Obwohl die ersten außer den Kolleggeldern eine gewisse Garantiesumme erhielten, mußten fast alle Nebenarbeiten übernehmen, so daß eine Überarbeitung allgemein war. Für die freischaffenden Privatgelehrten wurde die Arbeit gelähmt durch die Unmöglichkeit von Neubeschaffungen wissenschaftlicher Bücher und Instrumente. Auch hier wurde durch besondere Zwischenfälle, wie die Erkrankung eines Familienmitgliedes, die Notlage aufs äußerste verschärft. Wissenschaftler

Der Universitätsprofessor O. folgt vorübergehend einem Ruf nach Südamerika, um seine Einnahmen zu verbessern. Die Reise sichert ihm nur seinen eigenen Unterhalt. In der Heimat muß sein Gehalt für das Entgelt eines Vertreters und den Unterhalt seiner Frau mit fünf Töchtern dienen. Bis zu seiner Rückkehr wird der Familie aus unseren Spendenmitteln ein laufender Zuschuß gewährt.

Der junge Astronom P. bezieht als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter an einer Sternwarte ein sehr geringes Gehalt. Sein dreijähriges Kind erkrankt an Luftröhrenverengung und muß nach der Operation mehrere Wochen im Krankenhaus der nächsten Stadt bleiben. Da die Wohnung der Familie in der Sternwarte zum Landbezirk zählt, muß für die Krankenhausbehandlung die doppelte Taxe gezahlt werden, wofür das Einkommen mehrerer Monate nicht ausreicht. Um Schulden zu vermeiden, wird die Rechnung durch uns bezahlt.

Geistliche

Auch die Geistlichen waren in äußerst schwieriger Lage. In vielen Fällen mußte jede Art von Nebenarbeit unter Schädigung der Gesundheit übernommen werden. Die Ausbildung der Kinder, die mit besonderer Sorgfalt geleitet worden war, wurde abgebrochen; die Frauen mußten neben den großen Haushalten vielfach Heimarbeit übernehmen.

Der Geistliche Q. in einer kleinen Stadt hat für die Wochentage Fabrikarbeit übernommen. Die Frau ist als Hebamme tätig. Durch unsere größere Beihilfe wird für Arbeitsentlastung in der Familie gesorgt.

Der Seelsorger R. einer außerhalb der Landeskirche stehenden kleinen Gemeinde lebt bei einer alten Dame, die sich seiner in der Studienzeit mütterlich angenommen hatte. Er sucht nach Möglichkeit, die Kosten des gemeinsamen Haushalts allein zu bestreiten, wozu das ganz geringe Gehalt, das ihm die leistungsschwache Gemeinde zahlen kann, nicht ausreicht. Einen Berufswechsel hat er bisher aus Überzeugung abgelehnt. Durch eine größere Ernährungsspende konnte ihm für einige Monate geholfen werden.

Den Aerztestand traf die täglich steigende Geldentwertung in besonderem Maße, da die Aerzte für ihre Leistungen nicht umgehend das Entgelt erhielten und der Aufwertung der Beträge durch die Eigenart des Berufes Grenzen gezogen sind. Die Niederlassung fertig ausgebildeter junger Ärzte wurde durch die großen Kosten der Ausstattung ungeheuer erschwert. Durch die unverhältnismäßig große Höhe der Spesen für Fahrgeld, Heizung, Beleuchtung, Verbandmaterial, Instrumente und Telefon überstiegen die Unkosten häufig bei weitem die Einnahmen. Ärzte

Der kriegsverletzte Arzt S. ist in der Tuberkulose-Abteilung eines süddeutschen Krankenhauses angestellt, die er mit großer Aufopferung und Sachkenntnis leitet. Seine Frau wird lungenkrank und muß eine Kur in Davos machen. Da der Mann infolge seiner Kriegsverletzung auf ihre Unterstützung und Mitarbeit durchaus angewiesen ist und außerdem ebenfalls eines Erholungsaufenthaltes bedarf, werden für das Ehepaar die Kurkosten aus unseren Mitteln gedeckt.

Die Praxis der Anwälte lag in der Inflationszeit fast völlig still, da infolge der Geldentwertung viele Zivilprozesse niedergeschlagen oder gar nicht erst angestrengt wurden. Besondere Schwierigkeiten entstanden hier durch die Beibehaltung großer Büros und eines gewissen Personalstammes, der in späteren Zeiten nicht ohne weiteres wieder ergänzt werden konnte. Anwälte

Der bekannte Anwalt T. gerät durch völliges Nachlassen der Praxis so sehr in Not, daß er sein Telefon aufgeben muß und das Büro nur durch die treue Hingabe eines Bürovorstehers, der unter dem Existenzminimum bei ihm arbeitet, aufrecht erhalten kann. Seine Frau ist durch Unterernährung völlig entkräftet und vermag kaum mehr, den Haushalt zu versorgen. Eine Tochter muß vor der Ablegung des Examens vom Gymnasium genommen werden, um eine kaufmännische Stellung anzunehmen . Durch größere Beihilfen wird die Erhaltung des Büros und die Fortführung der Ausbildung der Kinder ermöglicht.

Die 854 Fälle, denen mit dieser Spende geholfen wurde, umfassen etwa 3000 Personen an Familienangehörigen — es konnte für diesen großen Kreis von Menschen durch die Mittel Gesundheit und Kraft erhalten und wieder hergestellt werden, besonders durch Kuren bei Tuberkulose- und Nervenkrankheiten, bei Entbindungen und Frauenleiden; es sind zahlreiche Existenzen erhalten worden durch die Aufbringung der Mittel für Miete, Bürobetriebe, Beschaffung von Material; es sind viele Menschen, besonders Frauen und Kinder, vor dem Verhungern bewahrt und wieder arbeitsfähig gemacht worden, durch die Sendung von Lebensmitteln und Heizmaterial. Durch diese Verwendung der Gelder war es möglich, große Kulturwerte, die in diesen Kreisen vorhanden sind, zu erhalten und auf diese Weise die wahre Bedeutung der Mittel zu vervielfachen.

Darlehen

b) Darlehensarbeit.

Fast unmittelbar nach der Stabilisierung der Währung im Dezember 1923 ergab sich für die Zentrale die Notwendigkeit, auf eine vor dem Kriege in vielen Sanierungsfällen bewährte Form der Hilfeleistung zurückzugreifen: Die Gewährung von Darlehen.

Während vor dem Kriege diese Darlehen vielfach dazu dienten, durch Krankheit oder Unwirtschaftlichkeit entstandene Schulden der häufig aus den Kreisen der Festbesoldeten stammenden Antragsteller unter möglichst günstigen Bedingungen zu decken, treibt nun meist nicht das persönliche Einzelschicksal, sondern die Auswirkung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage zahlreiche Menschen dazu Darlehnshilfe zu suchen. Die Entwertung der Ersparnisse, der Verlust des Betriebskapitals, die Unmöglichkeit, auf geschäftlichem Wege Kredit zu erhalten, da weder bankmäßige Sicherheit geleistet noch die üblichen Zinsen gezahlt werden können, ließen ein von gemeinnütziger Einstellung bestimmtes Eingreifen der Zentrale angezeigt erscheinen.

Der Personenkreis der Darlehensnehmer umfaßt unterschiedslos Männer und Frauen, junge und ältere, soweit sie noch produktive Kräfte darstellen, Angehörige des Mittelstandes aus den freien Berufen sowie auch festbesoldete, vom Abbau bedrohte oder betroffene Beamte oder Angestellte und auch Handwerker und Gewerbetreibende, gelernte und ungelernte Arbeiter.

Der Zweck der erbetenen Darlehen ist ein sehr mannigfaltiger, Produktionsdarlehen werden häufiger verlangt als Beschaffungsdarlehen zum sofortigen Verbrauch.

Als einige der wesentlichsten Zwecke des produktiven Darlehens nennen wir:

1. Erhaltung der selbständigen Existenz.

Der 65 jährige U. führt seit 27 Jahren mit seiner sehr gewandten Frau ein kleines, gut renommiertes Konfektionsgeschäft, dessen Warenbestand er nach der Inflation nicht entsprechend ergänzen kann. Nach genauer Ermittlung über die Persönlichkeiten der Eheleute wie sachkundiger Prüfung des Geschäftes in bezug auf den Warenbestand, Einkauf, Kalkulation und Buchführung wird ein größerer Betrag bewilligt, mit dem Erfolg, daß dadurch der drohende Zusammenbruch abgewendet wird und U.s sich seit Monaten gut ernähren und ihren Abzahlungsverpflichtungen mit peinlichster Genauigkeit nachkommen.

2. Aufbau einer neuen Existenz bzw. Erleichterung einer Berufsumstellung nach Abbau.

V., städtischer Hilfsarbeiter, wird nach mehrjähriger Tätigkeit im Frühjahr dieses Jahres entlassen. Er erbittet zur Einrichtung einer eigenen Zwischenmeisterwerkstatt ein Darlehen. Frau V. besitzt als frühere Direktrice die notwendigen Branchenkenntnisse. V., der Geschick und Interesse für diese Tätigkeit hat, hofft, daß sie bei gemeinsamer Arbeit bald vorwärts kommen werden. V.s weisen nach, daß sie für diese neu zu gründende Arbeitsstube Beschäftigung bekommen können. Sie erhalten das Darlehen, das sie zuerst mit dem bei der Entlassung des Mannes aus-

gezahlten Abkehrgeld und seitdem in regelmäßigen Monatsraten abtragen. Sie sind mit dem Geschäftsgang zufrieden und freuen sich, in kurzem ganz ohne Schulden dazustehen.

3. Beschaffung von Arbeitsgerät.

W., 30 Jahre alt, Malermeister, der ein vor Jahren erhaltenes Darlehen zur Beschaffung der Wohnungseinrichtung pünktlichst abgezahlt hat, erbittet zur Wiederbeschaffung eines zusammen mit seinem Arbeitsgerät gestohlenen Handwagens ein Darlehen, da ihm sonst die selbständige Weiterarbeit unmöglich ist. Da er den Nachweis ausreichender Beschäftigung erbringt, erhält er es und hat den größten Teil bereits wieder abgezahlt.

In ähnlicher Weise sind zahlreiche Nähmaschinen und anderes Arbeitsgerät von uns gekauft und damit die Aufrechterhaltung der Existenz ermöglicht worden.

4. Vollendung der Ausbildung.

X., Studentin der Medizin, völlig alleinstehend, hat beim Tode ihrer Eltern ein größeres Vermögen geerbt, das ihr das Studium ermöglicht, aber infolge der Inflation völlig entwertet worden ist. Sie erteilt Unterricht und erhält Stipendien und sonstige den Studenten zugängliche Hilfe. Nach Beginn des Staatsexamens muß sie aber ihre volle Zeit ihrer Ausbildung widmen, und so kommt sie in Schwierigkeiten. Um ihr, die sowohl ihres Fleißes als auch ihrer wissenschaftlichen Fähigkeiten wegen auf das wärmste empfohlen ist, über diese Zeit hinwegzuhelfen, gewähren wir ihr ein Darlehen und vermitteln ihr auch Hilfe durch Freispeisung und Existenzgelder.

5. Durchführung von Kuren für Nichtversicherte.

Die 26jährige Frau des Monteurs Y. bedarf zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit nach einer schweren rheumatischen Erkrankung einer langdauernden Kur in Oeynhausen, die nach ärztlichem Gutachten die Wahrscheinlichkeit einer Genesung bietet. Zu den erforderlichen Kosten tragen der Ehemann, die Angehörigen der Frau und durch

unsere Anregung der Arbeitgeber des Mannes bei, doch reicht dies nicht zu, und so wird ein Darlehen bewilligt, das durch eine Spende noch erhöht wird. Frau Y. kehrt 80 % erwerbsfähig zurück, während sie zuvor vollkommen auf fremde Wartung und Pflege angewiesen war. Das Darlehen ist inzwischen zurückgezahlt worden.

Für die Bewilligung dieser Darlehen ist stets eine genaue Ermittlung maßgebend, die eine Beurteilung der antragstellenden Persönlichkeiten und einen genauen Einblick in die wirtschaftliche Lage durch fachkundige Prüfung ermöglicht. Die Darlehen werden stets zinslos und ohne Stellung eines Bürgen gegeben. Die Höhe der Darlehen schwankt zwischen 30 und 1000 Mk. Es wird jedes Mal ein einfacher Schuldschein, dessen Form der Art des Falles angepaßt ist, verlangt. Manchmal werden dem Hilfsbedürftigen von der Zentrale erworbene Gegenstände, wie z. B. Nähmaschinen, zur ordnungsgemäßen Benutzung unter Eigentumsvorbehalt der Zentrale auf Abzahlung zum Selbstkostenpreis verkauft. Es wird aber bei der Bewilligung nicht auf Sicherung, sondern auf die moralische Verpflichtung zur Rück- und Abzahlung die allerstärkste Betonung gelegt.

Die Rückzahlungsverpflichtung wird durch Ratenzahlungen geregelt, deren Höhe und Termin sehr wohlwollend bemessen wird, um das wirtschaftliche Vorwärtskommen des Empfängers nicht zu beeinträchtigen. Unsere bisherigen Erfahrungen haben, von wenigen Fehlschlägen abgesehen, die aber nur ganz selten auf Unwilligkeit sondern meist auf unvorhergesehene Zwischenfälle wie Erkrankungen usw. zurückzuführen sind, sehr erfreuliche Ergebnisse gezeigt. Ein erheblicher Prozentsatz der gewährten Darlehen ist schon ganz oder zum größten Teil zurückgezahlt, während die damit bedachten Familien oft wirtschaftlich gut vorwärtsgekommen sind. Es war auch bereits möglich, aus den durch Rückzahlung eingegangenen Beträgen eine Reihe von weiteren Darlehen auszuleihen. Wir glauben, daß diese Form der Fürsorge in gleicher Weise dem Bedürfnis des Einzelfalles gerecht wird, wie

sie als eine volkswirtschaftlich wertvolle Form der Wohlfahrtspflege anzusehen ist.

Die Darlehnshilfe wurde uns ermöglicht durch das Verständnis einiger unserer Mitglieder aus Kreisen des Handels und der Industrie, die die produktive Bedeutung dieser Arbeit erkannten, und die uns auch bei der Verwendung der Mittel, die sie uns zu unserer freien Verfügung überließen, unterstützten.

c) Gesundheitsfürsorge.

Im Rahmen der allgemeinen fürsorgerischen Maßnahmen nimmt die gesundheitliche Fürsorge einen breiten Raum ein, da von der Gesundheit einer Familie ihr ganzes Geschick und somit auch der Erfolg unserer pflegerischen Tätigkeit abhängt. Die Kriegsjahre und die Nachkriegszeit haben uns hier vor ungeheuer schwierige Aufgaben gestellt, da die Tatsache der durch unzureichende Nahrungsstoffe hervorgerufenen Unterernährung ihre folgenschweren Wirkungen heute erst im ganzen Umfang erkennen läßt.

Wohnungspflege

Die große Wohnungsnot der Nachkriegszeit, die die Familien zwang, sich auf einen engen Raum zusammenzudrängen, ließ besonders in kinderreichen Familien die Behausung zur Pflanzstätte der schlimmsten Krankheiten werden. Der Mangel an Wäsche vergrößerte noch diese Schwierigkeiten und so entstand ein Krankheitselend sondergleichen. Dank größerer Lebensmittelspenden von unseren Freunden in Deutschland und im Ausland konnten wir vielen Bedürftigen zeitweise bessere Ernährung schaffen und dadurch ihre Kräfte heben. Durch Spenden von Wäsche waren wir imstande, den größten Mängeln abzuhelfen; auch durch Beschaffung von Betten konnten wir vielfach die Wohnungshygiene fördern.

Soweit es in diesen Jahren möglich war, haben wir unsere prophylaktischen Bestrebungen fortgesetzt, wobei wir in engster Fühlung mit denjenigen Stellen blieben, die gleiche Zwecke verfolgen, wie die Landesversicherungsanstalt, die Krankenkassen, die Fürsorgestellen für Lungen-

Kuren

und andere Kranke. Zahlreiche Heilverfahren haben wir so angeregt oder selbst in die Wege geleitet und einer großen Anzahl der infolge Krankheit arbeitsunfähigen Notleidenden zur Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit verholfen.

Die Durchführung gesundheitlicher Maßnahmen in den Fällen, in denen kein Anspruch auf Leistungen der Sozialversicherung bestand und in denen die Mittel für Erholungs- und Kurzwecke auf andere Weise aufgebracht werden mußten, war besonders schwierig. Dank dem Entgegenkommen der städtischen Wohlfahrtsämter und anderer öffentlichen wie freien Einrichtungen und mit Hilfe unserer Mitglieder und ausländischer Freunde haben wir auch hier die erforderlichen Mittel aufgebracht.

In einer Anzahl von Fällen, in denen die Verschickung unmöglich war, sorgten wir als Ersatz für besonders gute Pflege. Anderen Kranken ermöglichten wir durch Gewährung von Fahrgeld und Zuschüssen Erholungsreisen zu Verwandten aufs Land. Die Erholungsfürsorge für Kinder wurde uns seit Jahren durch hiesige Zeitungen erleichtert, die eine Anzahl von Freiplätzen für die Ferienkolonien und verschiedene Kindererholungsheime Plätze zu ermäßigten Preisen oder ganz frei zur Verfügung stellten.

Erholungsreisen

Im Juli d. J. hat unsere Gesundheitsfürsorge eine wesentliche Erweiterung dadurch erfahren, daß wir mit dem städt. Hauptgesundheitsamt, sozial-hygienische Abteilung, eine Vereinbarung dahingehend trafen, daß wir in allen Fällen, in denen die Mittel für notwendige Kuren von den neu eingerichteten städtischen Tuberkulosefürsorgestellen und von anderer Seite nicht aufgebracht werden können, uns bemühen, die Kosten zu beschaffen und daran anschließend uns auch in anderer Beziehung der betreffenden Familien annehmen. Diese Heilmaßnahmen erfordern in fast allen Fällen größere Geldmittel, da die Tuberkulose nur durch langfristige Kuren zum Stillstand gebracht und geheilt werden kann. In einer Anzahl von Fällen, in denen die Ärzte dringend Unterbringung in Schweizer Heilstätten forderten, wurden auch diese

Zusammenarbeit mit dem Hauptgesundheitsamt

ermöglicht. Die Zentrale steht in Verbindung mit dem Deutschen Kriegerkurhaus in Davos und anderen Heilstätten, die ihr in entgegenkommender Weise Preisermäßigungen gewähren. Im Durchschnitt ist als Voraussetzung für den Erfolg dieser Kuren eine Zeit von 4 bis 6 Monaten erforderlich, die auch in den deutschen Heilstätten im Harz und im Schwarzwald meist nur mit einem großen Kostenaufwand durchzuhalten ist.

Die uns von der sozialhygienischen Abteilung des städtischen Hauptgesundheitsamtes überwiesenen Fälle gehören meist den nicht versicherten Angehörigen der freien Berufe an. Sie geben einen Beweis für das verheerende Umsichgreifen der Tuberkulose auch in diesen Bevölkerungsschichten und sind wohl das stärkste Symptom für die Folgeerscheinung der jahrelangen Unterernährung und Entbehrung.

Unter diesen von der Tuberkulose schwer betroffenen jungen Menschen — sie befinden sich fast alle in dem Alter zwischen 18 und 28 Jahren — ist u. a. der junge Theologe Z., Sohn eines verstorbenen Akademikers, dessen Fähigkeiten und Strebsamkeit seine Lehrer mit den besten Hoffnungen für seine Zukunft erfüllen und der kurz vor dem Abschlußexamen steht. Er soll einst die Stütze seiner Mutter und seiner noch unversorgten Geschwister werden. Von seiner Gesundheit hängt also das Schicksal einer ganzen Familie ab. Er befindet sich seit einiger Zeit durch unsere Fürsorgemaßnahmen in Davos, und die Ärzte geben die Gewißheit, daß er in einigen Monaten wiederhergestellt sein wird.

In einem ungünstigeren Stadium befindet sich die junge Ärztin A., die schon seit Monaten in Davos ist und noch mit einer sehr langen Kurzeit rechnen muß, ehe sie wieder berufstätig wird. Sie ist die einzige Tochter einer Witwe, die ihr unter schweren eigenen Entbehrungen das Studium ermöglichte. Ihre Opfer sind nicht vergeblich gewesen, denn das junge Mädchen war als Hilfsärztin in einem hiesigen städtischen Krankenhaus tätig und hatte Aussicht auf feste Anstellung. Durch ihre Erkrankung ist sie gezwungen, für lange, nicht absehbare Zeit Stelle und Be-

ruf aufzugeben. Aus Freundeskreisen und von den zuständigen Wohlfahrtsstellen sind durch unsere Mitwirkung bisher die Mittel für ihren Aufenthalt in Davos aufgebracht worden. Es bedarf aber großer Bemühungen, um die weiteren Kosten zu decken.

Da wir alle zur Verfügung stehenden Mittel für die Vermittlung der Erholungsfürsorge in bestehenden Heimen aufwenden wollten, unterließen wir es, unser Kindererholungsheim in Miersdorf selbständig weiter fortzuführen und übergaben es pachtweise für einige Jahre einer befreundeten Wohlfahrtsorganisation.

Patenschaften

Durch das Entgegenkommen der Internationalen Vereinigung für Kinderhilfe in Genf war es der Zentrale möglich, zur Hebung der Gesundheit eine Reihe besonders unterernährter Kinder aus ihren Pflegschaften für Auslandspatenschaften zu nennen. Die Auswahl erfolgte

1. unter Berücksichtigung des körperlichen Zustandes des Kindes, der durch die vorschriftsmäßige ärztliche Untersuchung festgestellt wurde,
2. in Hinsicht auf die wirtschaftliche Lage der Familie, die die erforderliche besondere Pflege aus eigenen Mitteln ausschloß.

Es wurden im ganzen 22 Patenschaften vermittelt. Die Beihilfen bestanden in einer regelmäßigen monatlichen Barunterstützung, in den letzten Monaten wurden statt dieser allmonatlich pro Kind für ca. 23 M. sehr wertvolle Lebensmittel, wie Fette, Büchsenmilch, Kakao usw., überwiesen. Daneben hat sich in vielen Fällen ein freundliches persönliches Verhältnis zwischen Paten und Pflegekind entwickelt, das in Briefwechsel und auch in Geld- oder Geschenksendungen seinen Ausdruck fand.

d) Kriegsfolgenhilfe.

Obgleich die Nachwirkungen des Krieges das Volk in seiner Gesamtheit trafen, war es in der Wohlfahrtspflege notwendig, für die Kriegsopfer, die die Wirkungen des Krieges am unmittelbarsten fühlten, verstärkte Maß-

nahmen bis zu ihrer Wiedereinstellung in das Wirtschaftsleben durchzuführen. So haben wir, teils im Auftrage der städtischen Stellen, teils selbständig, wenn die notwendigen Maßnahmen noch nicht eingeleitet waren, Familien-Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene, Heimkehrer-Fürsorge, Flüchtlings-Fürsorge und Kleinrentner-Fürsorge, je nach den Erfordernissen und dem Entwicklungsstadium, durchgeführt.

1. Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Kriegsbeschädigte

Die Arbeit in der Kriegsbeschädigtenfürsorge bedeutete zweifellos eine der schwersten aber auch zugleich eine der wichtigsten Aufgaben. In unserem Tätigkeitsbericht vom Jahre 1918 ist darüber ausführlich berichtet worden. Bis zum Ende des Jahres 1919 führten wir diese Arbeit: die nachgehende Fürsorge für die Familien Kriegsbeschädigter im Auftrage der Hauptfürsorgestelle durch. Gerade in der dem Kriegsende folgenden politisch so erregten und wirtschaftlich völlig ungeordneten Zeit, als viele Tausende von Kriegsbeschädigten nach Berlin zurückströmten und sich nach der langen Kriegszeit weder in das veränderte Wirtschafts- noch in das Familienleben zurückzufinden wußten, erwuchsen uns außerordentlich schwierige Aufgaben.

Nachdem die amtliche Fürsorgestelle nach der Neugestaltung der Fürsorge auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes unsere Mitarbeit nicht mehr in dem bisherigen Maß benötigte, stellten wir unsere Sonderfürsorge für Kriegsbeschädigte im Jahre 1920 ein. Mit einer Reihe von Kriegsbeschädigten, deren Familien schon vor dem Kriege in unserer Pflegschaft standen, blieben wir auch weiterhin in Verbindung. Im Laufe des Jahres 1924 mehrten sich die Fälle, in denen sich Kriegsbeschädigte, besonders Leichtkriegsverletzte ohne Rente oder mit geringer Versorgung, mit Anliegen, die meist mit ihrer Verletzung nicht in unmittelbarem Zusammenhang stehen, an uns wandten. Da den Kriegsbeschädigtenfürsorgestellen Mittel für die Rentenlosen nicht zur Verfügung stehen, greifen wir im Einverständnis mit den amtlichen Bezirksstellen helfend ein.

2. Kriegshinterbliebenenfürsorge.

Kriegs-hinterbliebene

Unsere Organisation wurde in der Hinterbliebenenfürsorge bis zum Jahre 1921 noch durch 25 Mitarbeiter in den städtischen Bezirksstellen vertreten. Der Bedeutung der Fürsorge für die Kriegshinterbliebenen entsprechend hatten wir sozial geschulte und bestbewährte Mitarbeiter in die einzelnen Stellen entsandt, um die dortige Arbeit auf das wirksamste zu fördern. Nachdem auch diese Arbeit ausschließlich städtischen Beamten an Stelle der ehrenamtlichen Mitarbeiter übertragen wurde, haben wir unsere Mitwirkung in den Bezirksstellen aufgegeben, sind aber mit ihnen in steter Fühlung geblieben, da eine Reihe von Familien in unserer pflegerischen Behandlung seit vielen Jahren stand und wir uns über die gemeinsame Behandlung mit den Bezirksdezernenten verständigten. Unsere besondere Hilfe widmeten wir den Witwen, deren Rentenverfahren noch schwebte oder für die der Ausgang des Verfahrens ungünstige Aussichten bot, die aber im psychologischen Sinne als Hinterbliebene anzusehen waren.

3. Heimkehrer-Fürsorge.

Heimkehrer

Besonders schwierige Probleme stellte die Heimkehr von vielen Tausenden Berlinern, die aus der Kriegsgefangenschaft im Laufe der Jahre 1918/1919 entlassen wurden. Um das Zurückfinden in die vollständig veränderten Wirtschaftsverhältnisse zu erleichtern, waren von behördlicher und freier Seite erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt worden, und die für diese Zwecke geschaffene Organisation der Kriegsgefangenen-Heimkehr (Krifa) beauftragte die Zentrale mit einem großen Teil der ermittelnden und fürsorgerischen Maßnahmen. Diese Arbeit, für die 10 beamtete Kräfte aus den Kreisen der Kriegsgefangenen eingestellt wurden, ist von 2 Mitarbeitern verantwortlich geleitet worden. Die Zahl der uns überwiesenen Heimkehrer-Fälle betrug etwa 1500. Die Art der durchgeführten Maßnahmen geht aus folgendem Beispiel hervor:

Der 28jährige verheiratete B., Vater von zwei Kindern, kehrt Ende 1919 aus der Kriegsgefangenschaft zurück und wird zunächst bei seiner alten Firma wieder eingestellt, nach einigen Monaten aber wegen Arbeitsmangels entlassen. Da er monatelang keine Arbeit findet, kommt die fleißige und strebsame Familie in große Not. Mann und Frau bemühen sich zwar mit allen Kräften, den Haushalt in Ordnung zu halten, aber die Erwerbslosenunterstützung und die Entschädigung für die Hausreinigung, die die Frau versieht, reichen für die vierköpfige Familie nicht aus. So ist das Ehepaar gezwungen, Wäschestücke und Hausrat zu verkaufen. Sobald uns die Verhältnisse bekannt werden, greifen wir helfend ein, beschaffen die notwendigste Wäsche und unterstützen weiterhin mit Lebensmitteln und Kleidung, Heizungsmaterial usw. Außerdem setzen wir uns mit der „Kriegsgefangenenheimkehr" in Verbindung und erwirken wiederholt Beihilfen von dort. Auf diese Weise gelingt es, der Familie, die sich auch ihrerseits redlich abmüht, durchzuhelfen, bis B. nach 1½ jähriger Arbeitslosigkeit feste Arbeit erhält.

4. Flüchtlingsfürsorge.

Flüchtlinge

Die Fürsorge für auslandsdeutsche Flüchtlinge wurde von unserer Stelle im Auftrage der Armendirektion vom Jahre 1920 bis zum Juni 1922 durchgeführt. Die Delegation dieser Aufgabe durch die Stadt geschah aus der Voraussetzung heraus, daß es sich bei diesem Kreis von Bedürftigen um eine kulturell sehr hochstehende Schicht mit guten Geistes- und Wirtschaftsgaben handelte, bei denen eine verständnisvolle und rechtzeitige Hilfe die Erhaltung dieser Werte für die deutsche Kultur überhaupt bedeutete. Es waren dies vielfach Menschen mit ungebrochener Kraft, bei denen es galt, ihnen über eine gewisse Zeit der Entwurzelung fortzuhelfen, um sie wieder gesund und lebensfähig zu machen. Im Laufe der Berichtszeit wurden insgesamt über 2000 Fälle der Flüchtlingsfürsorge an uns überwiesen und ein Betrag zu den Verwaltungsunkosten wie

auch Überweisung der erforderlichen Unterstützungsmittel durch den Magistrat gewährt. Unsere Stelle übernahm die Regelung der Entschädigungsfrage, die Durchführung der gesundheitlichen Maßnahmen, die Einschulung der Kinder in Ausbildungs- und Berufsanstalten, die Beschaffung von Wohnung und Hausrat, Kreditgewährung und Existenzaufbau sowie Anbahnung von Beziehungen aller Art. Diese Maßnahme bezweckte nicht nur die Vermittlung von Unterstützungen während der Zeit der Not, sondern die Hilfe bei der Verwurzelung der Auslandsdeutschen in ihrer Staatsheimat und Auswertung ihrer vielfach sehr wertvollen geistigen und beruflichen Fähigkeiten. Durch die Einführung vieler Flüchtlinge in das deutsche Wirtschaftsleben sowie durch das Abebben des Flüchtlingsstromes überhaupt wurde der Umfang der Arbeit allmählich immer mehr begrenzt und im Jahre 1922 von den neugebildeten Bezirkswohlfahrtsämtern übernommen. Im Einverständnis mit den Bezirkswohlfahrtsämtern stehen wir noch mit einer Reihe von Flüchtlingsfamilien, mit denen sich im Laufe der Jahre engere Beziehungen angeknüpft haben, in dauernder Verbindung.

5. Kleinrentner-Fürsorge.

Kleinrentner

Im Jahre 1921 begannen die Wirkungen der Geldentwertung unter den Kleinrentnern besonders fühlbar zu werden. Bevor amtliche Fürsorgestellen geschaffen und Reichsmittel bereitgestellt wurden, hatte sich eine große Anzahl von Kleinrentnern an die Zentrale für private Fürsorge gewandt, die versuchte, durch Berufsberatung, sowie vor allem durch kaufmännische Beratung bei der Anlage und Verwendung der Kapital- und Sachwerte behilflich zu sein und Angehörige, Freunde und frühere Arbeitgeber für die einzelnen Kleinrentner zu interessieren. Mit dem Einsetzen der behördlichen Maßnahmen stellte sich die Zentrale den Bezirkswohlfahrtsämtern für die Bearbeitung der besonders schwierigen Fälle der Kleinrentnerfürsorge zur Verfügung.

Bald nach dem Einsetzen der städtischen Kleinrentnerfürsorge zeigte sich, daß der Begriff der Klein-

rentner nicht ohne weiteres scharf abzugrenzen war und daß besonders nach den ersten Bestimmungen viele in großer Not befindliche Personen abgewiesen werden mußten, die ihrer ganzen Art, Bildung und Lebensführung nach in die Kleinrentnerfürsorge hineingehörten. Die Zentrale für private Fürsorge erklärte sich bereit, diese Fälle zu bearbeiten, und es sind etwa 500 Bedürftige von den amtlichen Kleinrentnerfürsorgestellen überwiesen worden, deren Zahl sich noch durch direkte Gesuche und Überweisung anderer Stellen erhöhte.

Zunächst zeigte es sich, daß viele dieser alten, ungewandten Leute ihre eigenen Angelegenheiten so schlecht zu vertreten verstanden, daß sie infolge unklarer Darstellung ihrer Lage oder ungenügend beschaffter Unterlagen über ihre Vermögensverhältnisse von der Kleinrentnerfürsorge abgewiesen worden waren. Hier konnten wir nachträglich die Anerkennung als Kleinrentner erwirken. — Bei anderen geeigneten Fällen gelang es, den Widerstand gegen die gesetzlich geforderte Vermögens- und Sachwerteübertragung zu besiegen, so daß der notwendige Übereignungsvertrag mit der Kleinrentnerfürsorge abgeschlossen wurde. In einer ganzen Reihe von Fällen, die ihrer ganzen Wesensart nach der öffentlichen Wohlfahrtspflege zustanden, wußten wir die hiergegen bestehenden Bedenken zu zerstreuen und durch persönliche Vermittlung diesen Menschen den ersten Weg zum Wohlfahrtskommissionsvorsteher zu erleichtern.

Die Vorsitzende der Zentrale für private Fürsorge gehört dem Kleinrentnerausschuß im Wohlfahrtsamt an und versucht die durch die praktische Arbeit gemachten Erfahrungen, sowie die Anregungen der Behörden und der auswärtigen Kleinrentnerfürsorgestellen für die hiesige Arbeit zu verwerten. Die nachfolgenden Beispiele sind für die Art unserer Arbeit in der Kleinrentnerfürsorge typisch:

Anfang Januar 1924 werden wir von einer kirchlichen Gemeinde auf den 68jährigen Arzt, Dr. C., aufmerksam gemacht. Er lebt zusammen mit einer 6 Jahre älteren

Verwandten, die ihm den Haushalt führt, in allergrößter Not. Da er schwer zuckerkrank ist, kann er seit einiger Zeit seine Praxis nicht mehr ausüben. Die Verwandte hat ein schweres Fußleiden, das sie an einer Erwerbsarbeit hindert. Gelegentliche Beihilfen der Ärztekammer reichen bei dem Mangel eines festen Einkommens nicht für den Unterhalt aus. Die beiden Menschen sind daher, als wir sie kennen lernen, dem Verhungern nahe. Wir helfen zunächst mit Lebensmitteln über die dringendste Not hinweg, ergänzen auch in der nächsten Zeit die Fürsorge der Ärztekammer, die Dr. C. auf unser Ersuchen laufend zuteil wird, und veranlassen Dr. C., für sich und seine Verwandte die Anerkennung als Kleinrentner zu beantragen. Von der Kleinrentnerfürsorge zur Begutachtung aufgefordert, befürworten wir die Anerkennung auf Grund der früheren Tätigkeit des Dr. C. als praktischer Arzt und für seine Verwandte auf Grund ihrer Tätigkeit im Haushalt, für die sie kein Gehalt bezieht. Durch die Anerkennung als Kleinrentner für beide und die Gewährung des monatlichen Betrages für ein Ehepaar ist den alten Leuten ein festes Einkommen gesichert. Da Dr. C. wegen seines Zuckerleidens diät leben muß, reicht das Einkommen nicht, um den ganzen Unterhalt zu bestreiten. Auf die Bitte von Dr. C. beantragen wir Erhöhung des Betrages auf das Eineinhalbfache. Nachdem unserem Antrage Folge gegeben ist, können wir Dr. C. der Kleinrentnerfürsorge und der ergänzenden Fürsorge der Ärztekammer überlassen.

Die 59jährige Witwe Frau D., Tochter eines Sanitätsrats, hat 16 Jahre lang eine Pension inne, aus der sie bis zum Kriege ein recht gutes Einkommen bezieht. Nach Kriegsausbruch und vor allem nach dem Ende des Krieges geht die Pension, die in der Nähe einer Kaserne liegt und vorwiegend Militärpersonen aufnimmt, immer mehr zurück. Frau D. sieht sich daher, nachdem sie bereits einen Teil ihrer Möbel verkauft hat, gezwungen, ihre Pension aufzugeben und ihre Wohnung gegen eine kleinere zu vertauschen. Sie ist jetzt, da sie selbst nervenleidend und schwächlich ist, lediglich auf das Gehalt ihrer Pflegetochter, einer 17jährigen Kontoristin, und die Miete für ein ab-

vermietetes Zimmer angewiesen. Mit diesen Einnahmen reichen die beiden Frauen aber nicht aus und sind daher in großer Not. Wir können durch eine Unterstützung Frau D. zunächst die drückendsten Sorgen abnehmen und raten ihr außerdem, die Anerkennung als Kleinrentnerin zu beantragen. Leider bringt sie ihren Antrag mündlich so ungeschickt vor, daß sie zunächst abgewiesen wird. Auch ein schriftlicher Antrag führt nicht zum Ziel, weil die nötigen Angaben fehlen. Die Erledigung zieht sich solange hin, bis wir durch eine Mitarbeiterin den erforderlichen Fragebogen ausfüllen lassen, und außerdem der Kleinrentnerfürsorge einen befürwortenden Bericht erstatten. Daraufhin wird ihr in Anbetracht der Tatsache, daß ihre Pension infolge der Kriegswirkungen einging, die laufende Unterstützung als Kleinrentnerin bewilligt.

e) Obdachlosenfürsorge.

Obdachlose

Durch die große Wohnungsnot und das Hereinströmen zahlreicher heimat- und existenzlos gewordener Menschen nach Berlin, wo sie hoffen, am ehesten Unterkunft und Arbeit zu finden, hat sich die Zahl der obdachlosen Hilfsbedürftigen ständig vermehrt; ihre Versorgung wird durch das Zentral-Wohlfahrtsamt vorgesehen. Eine Hilfe ist für diesen sehr großen Kreis von Menschen aus den allerverschiedensten Schichten, Ständen und Berufen oft kaum möglich, da Berlin selbst unter einer großen Wohnungsnot leidet und auch kein Überfluß an Arbeit vorhanden ist. Das Asyl für Obdachlose, das ursprünglich nur für umherwandernde Wohnungslose gedacht war, ist für die Versorgung vieler dieser Menschen keine entsprechende Hilfe und reicht trotz seiner mehr als 3000 Plätze für die Zahl der Obdachlosen nicht mehr aus. Auch die anderen in Berlin zur Verfügung stehenden Herbergen und Unterkunftsheime sind unter anderen Verhältnissen erbaut und nicht für diese Massennot berechnet. In zahlreichen Fällen ist durch nachgehende Fürsorge eine Aufhilfe, wenn auch unter sehr schwierigen Verhältnissen, möglich. Die Zentrale hat sich dieser Fälle, obgleich sie viel-

Asylfürsorge

fach über den Rahmen ihrer Arbeit hinausgehen, soweit als möglich angenommen, und auf Wunsch des Vorsitzenden des Wohlfahrtsamtes ist seit mehreren Monaten eine Dezernentin der Zentrale täglich in den Sprechstunden des Zentral-Wohlfahrtsamtes tätig und versucht, in den Fällen, in denen eine besondere Fürsorge möglich und notwendig scheint, entweder selbst einzugreifen oder die Hilfe anderer freier Organisationen zu vermitteln. Einer besonderen Fürsorge aus diesem Kreis der Obdachlosen bedürfen die entlassenen Strafgefangenen, denen möglichst schnell eine Unterkunft gewährt werden muß. Es handelt sich hier häufig um Menschen, die durch die Not der Zeit zu Verbrechern geworden sind und während ihrer Gefangenschaft Arbeitsmöglichkeit, Familienzusammenhang und Wohnung verloren haben. Da in diesen Fällen nur eine sehr nachgehende persönliche Fürsorge möglich ist, die nicht von einer einzelnen Stelle geleistet werden kann, ist unter Mitwirkung der Zentrale durch die Zentral-Arbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Berlin eine besondere Strafgefangenen-Fürsorgestelle im Landgericht III geschaffen worden, die am 1. Januar 1925 ihre Arbeit beginnen wird.

Sprechstunde im Zentral-Wohlfahrtsamt

Strafgefangene

Diese Arbeit, die freilich in sehr vielen Fällen erfolglos bleibt, ist aus folgendem Beispiel ersichtlich:

Im Frühjahr d. J. schickt eins unserer Mitglieder einen 20 jährigen jungen Menschen zu uns, der an seiner Tür gebettelt hat. In der längeren Unterredung mit unserer Mitarbeiterin gewinnt der junge Mann Vertrauen und erzählt, daß er während der letzten Jahre mehrere Male im Gefängnis war und nun obdachlos umherirrt. Da man den Eindruck hat, daß der junge Mensch den festen Wunsch hat, wieder in geordnete Verhältnisse zu kommen, bemühen wir uns um seine Unterbringung. Es findet sich ein Platz in der Bodelschwinghschen Kolonie bei Bernau, wo er noch am selben Tag Aufnahme findet. Jetzt nach dreiviertel Jahren ist er noch dort und schreibt befriedigt über den Aufenthalt und seine Beschäftigung.

4. Ausbildung.

Die Durchführung der Ausbildung auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege war in der Berichtszeit eine besonders wichtige Aufgabe der Zentrale, da sich während der Kriegszeit die soziale Arbeit als Beruf in sehr großem Umfang entwickelt hatte. Die Wohlfahrtsschulen in Berlin:

Wohlfahrtsschülerinnen

Die Wohlfahrtsschule von Dr. Alice Salomon,
die Frauenschule der Inneren Mission,
die Wohlfahrtsschule des Katholischen Frauenbundes,
das Sozialpädagogische Institut des Jugendheims,
das Seminar für Jugendwohlfahrt,

sandten Schülerinnen zur Ausbildung in die Zentrale für private Fürsorge. Die Entwicklung zur Familienfürsorge, die sich immer mehr in der sozialen Arbeit durchsetzte, ließ die Ausbildungsmöglichkeiten in der Zentrale, die seit drei Jahrzehnten Familienfürsorge betrieben hatte, als sehr günstig erscheinen. Eine Reihe auswärtiger und Berliner Stellen beurlaubten Beamte, um ihnen die Möglichkeit der Fortbildung in der Zentrale zu geben.

Methode

Fortbildung

Eine Anzahl freiwilliger Mitarbeiter, die den Wunsch nach systematischer Einführung hatten, wurden ebenfalls in der Zentrale ausgebildet. Um jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, die Vorbedingungen, die für soziale Berufsschulen gelten, zu erfüllen, baute die Zentrale das System des sozialen Lehrlingswesens im Einvernehmen mit dem Landesberufsamt und der Wohlfahrtsschule aus. Die jungen Menschen wurden nach Entlassung aus der Schule auf Grund eines Lehrvertrages durch die verschiedenen Abteilungen des Betriebes hindurchgeführt, um ihnen so die Ausbildung in den technischen Erfordernissen wie gleichzeitig eine Einführung in die soziale Ideenwelt zu geben. Auf Grund solcher Lehrverträge ist im Laufe der letzten Jahre eine Reihe junger Leute und Mädchen aus den sozialen Lehrlingsstellen der Zentrale in die sozialen Berufsschulen übergegangen.

Sozial-Lehrlinge

5. Mittelbeschaffung.

Bei der Beschaffung von Mitteln, sowohl für die Verwaltung wie für die Unterstützung geht die Zentrale von

der Erkenntnis aus, daß es erfolgreich und wirksam ist, diese Mittel durch unausgesetzte Aufklärung und persönliche Werbung von Menschen, die für die Arbeit Interesse gewinnen, aufzubringen. Daher erhält die Zentrale die notwendigen Mittel hauptsächlich aus Kreisen zur Verfügung gestellt, die ihre Arbeit in Anspruch nehmen. Dies sind zahlreiche Firmen und Einzelpersonen, für die sie die an sie gelangenden Bittgesuche in der Weise erledigt, daß nicht nur eine Ermittlung über die Notlage, sondern eine umfassende Hilfe eingeleitet wird. Angesichts der von der Zentrale durchgeführten Wohlfahrtsmaßnahmen erscheint den Überweisern der notwendige Geldbetrag meist durchaus angemessen und wird fast immer in der erforderten Höhe, häufig in höherem Maß, überwiesen. Auch behördliche und halbamtliche Stellen, die die Arbeit der Zentrale kennen, haben ihr regelmäßig Subventionen zur Förderung ihrer Tätigkeit zur Verfügung gestellt. Der Gedanke, mit der Forderung von Mitteln für Wohlfahrtszwecke gleichzeitig das Interesse für die Idee einer wirksamen Hilfsarbeit zu wecken, ist leitend bei der Beschaffung der Geldmittel gewesen. Aus diesem Grunde hat die Zentrale auch in den letzten schweren Jahren niemals von sich aus große Werbungen an fremde, ihr fernstehende Kreise gerichtet, sondern Schritt für Schritt den Kreis ihrer Freunde, die ihr mit innerer Anteilnahme angehören, zu vergrößern gesucht. Bei den großen allgemeinen Sammlungen, wie der Kinderhilfe, der Altershilfe, der Winterhilfe und der Nothilfe, hat sich die Zentrale in Verbindung mit den anderen Wohlfahrtsverbänden beteiligt, jedoch nur sofern ihr die angewandten Methoden gesund und mit den sittlichen Grundlagen der Wohlfahrtspflege im Einvernehmen erschienen. Bei der Veranstaltung dieser großen Sammlungen, wie sie in der Kriegs- und Nachkriegszeit üblich geworden sind, hat die Zentrale versucht, die Sammlungen durch ihren Rat und ihre Mitarbeit sachlich zu fördern und die Verteilung zu regeln. Von besonderem Nutzen in der Arbeit sind sowohl die Mittel der holländischen Freunde wie auch die Summen gewesen, die die Berliner Großbanken zu Beginn vorigen Jahres zur Ver-

fügung gestellt hatten. Die planmäßige Verteilung geschah durch einen von den Banken eingesetzten dreigliedrigen Ausschuß, zu dem auch die Vorsitzende der Zentrale gehörte und der besonders zur Behebung der Ernährungs- und Feuerungsnot des vergangenen Winters beitragen sollte.

Die Zentrale hat aus diesen Mitteln selbst einen ihrer Arbeit entsprechenden Bruchteil zugewiesen erhalten. Sie hat auf Bitten der Banken, um die zur Verfügung gestellten Beträge durch keine Verwaltungsunkosten zu schmälern, die Verwaltung dieser Summe und ihre Verteilung an die einzelnen Verbände unentgeltlich durchgeführt und die Spesen auf ihr eigenes Verwaltungskonto übernommen. Gerade diese planmäßig verteilten außerordentlich großen Mittel sind der Berliner Not des letzten Winters gerecht geworden.

6. Zahlenmaterial.

Die Bilanzen der Zentrale sind in den jährlich stattfindenden Generalversammlungen vorgelegt und anerkannt worden, sie haben an dieser Stelle eine geringere Bedeutung, da sie größtenteils Inflationsziffern aufweisen, die heute ein Bild der Finanzlage kaum zu geben vermögen.

Um Art und Umfang der Arbeit, deren zahlenmäßige Erfassung kaum möglich ist, da für jeden Hilfsbedürftigen ein ganz verschiedenes Maß an Zeit, Kraft und Mitteln aufgewendet werden muß, wenigstens etwas zu erläutern, sollen nachstehend die Zahlen der neu aufgenommenen Gesuche und die Beträge der Unterstützungsgelder angeführt werden, trotzdem auch diese Zahlen nur unter der Voraussetzung benutzbar sind, daß die Zahl der laufend in unserer Fürsorge Stehenden — es sind aus den innerhalb eines Jahres zur Bearbeitung kommenden Fällen stets über Tausend — zu den neu aufgenommenen Gesuchen hinzugerechnet wird und außerdem die in Sachwerten zur Verteilung kommenden Mittel mit berücksichtigt werden. Der Wert dieser nicht in bar gegebenen Unterstützungen kann nur geschätzt werden; er dürfte die Höhe unserer Barausgaben für Unterstützungen ziemlich erreichen.

Neuaufgenommene Gesuche:

1918	5834
1920	6296
1922	3998
1924	6009

Unterstützungsgelder wurden verausgabt:

1918	332 244	Papiermark
1919	600 995	„
1920	1 001 645	„
1921	428 320	„
1922	1 724 932	„
1923	23 230 333 026 117 755	„
1924	104 842	Goldmark.

Anhang

Gedanken über private Fürsorge.

Helene Simon, Berlin.

(Aus „Vom Wesen der Wohlfahrtspflege".)

„Zentrale für private Fürsorge": Das klingt wie eine Zusammenfassung privater Angelegenheiten. Und ist doch eine überaus öffentliche Sache. Hier wurde in einem früheren Zeitpunkt, in präkriegerischer Periode des gesellschaftlichen Aufstiegs ein schmaler Steg geschlagen vom Persönlichst-Menschlichen zum Allgemein-Menschlichen, von Privatwirtschaftlichem zur Volkswirtschaft. Ein schmaler Steg, der vielfältig gegliedertem Brückenbau vorarbeitete.

Gedenkwort

bei der Trauerfeier für
Ministerialrat Dr. Friedeberg
am 4. 4. 1923.

Von allen denen, die aus den Kreisen der Gesellschaft für ethische Kultur den Weg in die soziale Arbeit vor Jahren fanden, hat wohl niemand den Begriff der ethischen Kultur so sehr in seiner Persönlichkeit verkörpert, wie unser verstorbener Freund.

Er vermochte die Idee in die Tat umzusetzen und ihr den sicheren Weg zu weisen — er hat dem Kampfruf harmonischen Klang gegeben — er hat die Aufgabe mit dem Sinn des zu erfüllenden Werkes durchgeführt, und nie wußten wir es mehr, was uns not tut in dieser Zeit, als wir es jetzt an dieser Bahre wissen: Nicht diese oder jene Organisation! Nicht diese oder jene Arbeitsweise! Nicht dieses oder jenes Gesetz! Sondern eine Persönlichkeit voll Liebe und Güte mit der Wesensbesonderheit sittlicher Kultur, damit sie der Sache mit der Kraft und Freiheit dienen könne, wie Dr. Friedeberg es getan hat!

Und deshalb möchten wir ihm als Geleitwort auf seinen letzten Weg zum Abschied das Wort mitgeben, das wir einst in einer Erinnerungsstunde an unseren gemeinsamen Freund Dr. Albert Levy lasen: „Je länger du fort bist, desto mehr bist du hier! Je länger du dort bist, desto näher bei mir! Du bist mir notwendiger als das tägliche Brot ist — du bist mir lebendiger, je länger du tot bist!“

Veröffentlichungen

der

Zentrale für private Fürsorge

1918—1924.

1. **Vom Wesen der Wohlfahrtspflege.** Festgabe für Dr. Albert Levy zum 25jährigen Bestehen der Zentrale für private Fürsorge, E. V., Berlin. Verlag Franz Vahlen, Berlin 1918.
2. **Die Wohlfahrtspflege im Deutschen Reich.** Sonderbeilage der Mitteilungen des deutschen Städtetages 15. Dezember 1921.
3. **Die Wohlfahrtseinrichtungen der Stadtgemeinde Berlin.** Ein Auskunfts- und Handbuch. 5. neubearbeitete und stark vermehrte Auflage nebst Nachtrag Berlin 1921/22.
4. **Die Geschäftsstellen der städtischen Wohlfahrtspflege** in den 20 Verwaltungsbezirken der **Stadtgemeinde Berlin.** Tabelle 1924.
5. **Die Vereinheitlichung der Wohlfahrtspflege im Deutschen Reich** von S. Wronsky, Verlag Franz Vahlen, Berlin 1922.
6. **Albert Levy zum Andenken,** Gedächtnisreden herausgegeben von Else Levy. 1922.

Aus dem Inhaltsverzeichnis des Buches:

Die Wohlfahrtseinrichtungen der Stadtgemeinde Berlin

(Graubuch.)

Erster Teil:

Verwaltungsbezirke 1—6, Alt-Berlin nebst Stralau.

1. Kapitel: Allgemeine Fürsorge.
2. „ Ernährung.
3. „ Unterkunft.
4. „ Heizung.
5. „ Kleidung.
6. „ Hausrat.
7. „ Jugendwohlfahrt.
8. „ Unterricht und Fortbildung.
9. „ Gesundheitsfürsorge.
10. „ Geldbeihilfen.
11. „ Arbeits- und Stellenvermittlung.
12. „ Fürsorge für sittlich Gefährdete.
13. „ Auskunfterteilung.
14. „ Kriegswohlfahrt.
15. „ Einrichtungen für die Provinz Brandenburg mit dem Sitz in Berlin.

Zweiter Teil.

Verwaltungsbezirke 7—20.

Verwaltungsbezirk 7: Charlottenburg, Heerstraße-Gutsbezirk (südlicher Teil), Plötzensee-Gutsbezirk, Jungfernheide.

Verwaltungsbezirk 8: Spandau, Spandau-Zitadelle-Gutsbezirk, Staaken, Heerstraße-Gutsbezirk (nördlicher Teil), Tiefwerder, Pichelsdorf, Pichelswerder-Gutsbezirk, Gatow, Cladow.

Verwaltungsbezirk 9: Wilmersdorf, Schmargendorf, Grunewald-Forst-Gutsbezirk.

Verwaltungsbezirk 10: Zehlendorf, Dahlem-Gutsbezirk, Nikolassee, Wannsee, Klein-Glienicke-Gutsbezirk, Pfaueninsel-Gutsbezirk, Potsdamer Forst-Gutsbezirk (nördlicher Teil).

Verwaltungsbezirk 11: Schöneberg, Friedenau.

Verwaltungsbezirk 12: Steglitz, Lichterfelde, Mariendorf (Ortsteil Südende), Lankwitz.

Verwaltungsbezirk 13: Tempelhof, Mariendorf (außer Südende), Marienfelde, Lichtenrade, Buckow (westlich der Mariendorf-Lichtenrader Chaussee).

Verwaltungsbezirk 14: Neukölln, Britz, Buckow (außer westlich der Mariendorf-Lichtenrader Chaussee), Rudow.

Verwaltungsbezirk 15: Treptow (einschl. Abtei), Oberschöneweide, Wuhlheide-Gutsbezirk, Niederschöneweide, Johannisthal, Adlershof, Alt-Glienicke.

Verwaltungsbezirk 16: Cöpenick, Friedrichshagen, Cöpenick-Forst-Gutsbezirk, Rahnsdorf, Müggelheim, Grünau-Dahmer-Forst-Gutsbezirk, Schmöckwitz, Bohnsdorf, Grünau.

Verwaltungsbezirk 17: Lichtenberg, Friedrichsfelde, Biesdorf-Landgemeinde. Biesdorf-Gutsbezirk, Kaulsdorf. Mahlsdorf. Marzahn, Hellersdorf, mit Wuhlgarten-Gutsbezirk.

Verwaltungsbezirk 18: Weißensee, Malchow-Landgemeinde. Malchow-Gutsbezirk. Wartenberg-Landgemeinde. Wartenberg-Gutsbezirk, Falkenberg-Landgemeinde. Falkenberg-Gutsbezirk. Hohenschönhausen.

Verwaltungsbezirk 19: Pankow, Niederschönhausen-Landgemeinde. Niederschönhausen-Gutsbezirk, mit Kolonie Schönholz, Rosenthal-Landgemeinde außer Ortsteil westlich der Liebenwalder Bahn und Rosenthal I (Wilhelsruh), Rosenthal-Gutsbezirk. Blanken-

felde Landgemeinde, Blankenfelde-Gutsbezirk, Buchholz, Buch-Landgemeinde, Buch-Gutsbezirk, Karow, Blankenburg-Landgemeinde, Blankenburg-Gutsbezirk, Heinersdorf.

Verwaltungsbezirk 20: Reinickendorf, Rosenthal-Landgemeinde, Ortsteil westlich der Liebenwalder Bahn und Rosenthal I (Wilhelmsruh), Lübars, Hermsdorf bei Berlin, Frohnau-Gutsbezirk, Tegel-Forst-Nord-Gutsbezirk, Heiligensee, Tegel-Schloß-Gutsbezirk, Tegel-Landgemeinde, Jungfernheide-Gutsbezirk (nördlicher Teil).

Druck von H. S. Hermann & Co., Berlin SW 19, Beuthstr. 8.